73 »Ausgabe Nr. B 135
für Berlin u. Umgegend Nr. 273

Abend-Ausgabe

Montag, 13. Juni 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

W. Man hat in den letzten zehn Tagen viel vom Plane einer englisch-französischen Allianz gesprochen, es ist im allgemeinen so dargestellt worden, als habe Frankreich dieses feste Bündnis gewünscht und England den Vorschlag abgelehnt. Daran ist zweifellos richtig, daß mit Ausnahme des Lord Derby und seines Kreises nur wenige in London Lust verspüren, eine enge Verbindung, abermals zu Gedeih und Verderben, mit Frankreich einzugehen. Dem Konservativen Lord Derby, dem ehemaligen Botschafter Paris, erschien die Bündnisidee gewissermaßen als die Kornblume, deren Saft alle Schmerzen heilt. Frankreich könne in der oberschlesischen Frage nachgeben, seine Truppen aus Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort herausziehen, die Zollsperre aufheben, auch im Orient nicht das ganze Gebiet gelegte Mosaik durcheinanderwerfen, und für all das, selbst der Preis, die Entschädigung, dann der Ehering wäre. Hatte im Frühling 1919 das Kabinett Clemenceau nicht schon das Bündnis mit Amerika und England begehrt? Hatten die Franzosen nicht fortwährend, sie hätten nur unter der Voraussetzung, daß dieses Bündnis zustande kommen werde, einem Friedensvertrage, der ihnen nicht den gewünschten Besitz der Rheingrenze sicherte, ihre Zustimmung geben? Hat die ganze unruhige französische Gewaltpolitik bei keinen wirklichen Frieden und keine wirkliche Erholung aufkeimen läßt, nicht ihren Grund nur in der Furcht? Will Frankreich nicht nur deshalb Deutschland immer mehr schwächen, ihm bald das Ruhrrevier und bald Oberschlesien entreißen, unter Schädigung des Handels die deutsche Wirtschaftskraft ätzten und unter Abgabe aller Vernunft die größenwahnsinnigen, unsäglichen Pläne dickpäpeln, weil es sich einsam und schutzlos fühlt? Und folgert Lord Derby, gewähren wir ihm den vermißten Schutz! Churchill erklärt in der Rede, die er soeben in Dundee gehalten hat, die französischen Besorgnisse angesichts des nationalistischen Revanchebegeisterung, mit der deutsche Professoren und Studenten die Luft erschüttern, für sehr begreiflich, erwartet aber von einem unnahbar intimen Zusammenleben mit Frankreich offenbar nicht den Himmel auf Erden und tritt für eine Verständigung, ein Zusammenarbeiten Englands, Frankreichs und Deutschlands ein. Was den Plan einer englisch-französischen Allianz betrifft: die meisten Engländer haben die etwas herrschsüchtige Gewißtheit der französischen Politik so hinreichend kennen gelernt, daß ihnen die bisherigen Rosenketten genügen, und auch das Bündnisliebe der Franzosen ist jetzt mit einigen Zweifeln und abseitigen Gedanken durchsetzt. Was das Zusammenarbeiten mit Deutschland betrifft: wir wollen es gern, beispielsweise auf dem großen russischen Arbeitsfelde, aber man kann uns einige der wichtigsten Glieder abgeschlagen und wenn wir zum Mitarbeiten die Hand reichen sollen, ist erste Vorbedingung, daß man sie uns läßt.

Der „Temps" behandelt die Idee eines englisch-französischen Bündnisses besonders kühl. Seine Leser könnten sich, wenn sie ein gutes Gedächtnis haben, daran erinnern, daß er noch gelegentlich, als Anfang 1910, als André Tardieu noch die Leitartikel schrieb, einen solchen Allianzplan gleichfalls mit der Begründung ablehnte, England habe noch kein genügendes Landheer und Frankreich, das in der ganzen Welt die englische Stellung verteidigen müßte, würde in Europa der Prügelempfänger sein. Es ist dann, ohne Allianzvertrag, im August 1914 doch zur Waffenbrüderschaft gekommen, nicht nur weil Green und der Botschafter Paul Cambon die Fäden immer enger verstrickt hatten, sondern vor allem, weil die Tatsachen zu diesem Ergebnis hinführten und die englische Staatskunst es sich nicht erlauben konnte, einer Niederschlagung Frankreichs und, nach dem Flottenrummel und aller antienglischen Vereinsagitation, einer Aufrichtung der deutschen Alleinherrschaft auf dem Festlande ruhig zuzusehen. Man kann — so banal ist es kaum noch wiederholen, daß Allianzverträge überflüssig sind, wenn die Wünsche und Interessen zusammenpassen, und umgekehrt, wenn die Interessen auseinandergehen. Solche Verträge werden „für den Fall des gegnerischen Angriffes" abgeschlossen, und das läßt gewöhnlich die vergleichsweise Auslegungen zu. Gerade in diesem Augenblicke möchte behaupten die Franzosen, daß der Selbstschutz des Generals Hoefer die armen polnischen Insurgenten angegriffen habe, und in England ist man von der Richtigkeit dieser Behauptung erheblich weniger überzeugt. Der „Temps" weist darauf hin, daß die provisorische Abmachung, auch die Lloyd George sich im Sommer 1919, vor dem Versailler Frieden, gegenüber Clemenceau zu einem formellen Bündnisschlusse verpflichtet hatte, ins Nichts hinabglitt, weil Amerika, der dritte Partner, auf den man gerechnet hatte, sich von den europäischen Angelegenheiten zurückzog und die Freunde verließ. Natürlich hätte Lloyd George, wie das französische Blatt ganz richtig sagt, auch nach dem Rückzuge Amerikas an dem Bündnisplane festhalten können, und er verzichtete auf die Allianz eben darum, weil er die allgemeine Abneigung in England sah. Glaubt man, fragt der „Temps", in englischen Arbeiterkabinett würde, falls es die Regierung Lloyd Georges ablösen sollte, einen Militärvertrag anerkennen? Vermutlich nicht. Denjenigen, die in der Geschichte des Jahrhundertanfanges Bescheid wissen, ist bekannt, daß Wilhelm II. gleichfalls mit der Begründung, neu zur Macht gelangende Parteien des englischen Parlamentes könnten einen solchen Pakt hinterher verwerfen, die von Chamberlain angebotene Allianz zurückgewiesen hat. Wobei zu bemerken ist, daß Wilhelm II. nur an die Fortsetzung seiner Flottenschöpfung dachte und der erwähnte Einwand ihm nur ein Vorwand war. Der „Temps" versichert dann, ein Landheer könne in Deutschland — „die Unternehmungen des Generals Hoefer beweisen es" — immer wieder leicht geschaffen werden, eine Flotte zur Bedrohung Englands dagegen nicht. Schließlich, nach einigen anderen unernsten Abschweifungen, kommt er zu den hauptsächlichen Erwägungen, die ihn und seine politischen Mitgänger zur Ablehnung des Bündnisgedankens bestimmen. Frankreich dürfe bei Konflikten, die sich zwischen England und Amerika ergeben könnten, nicht Schiedsrichter und nicht „Geisel" sein. Hier kommt, diplomatisch verhüllt, das von Herrn Eugène Lautier im „Homme libre" schärfer und brutaler betonte Bestreben zum Ausdruck, sich von England frei zu machen und sich ganz nach Amerika hinzuwenden, oder doch, durch fortwährendes Hindeuten auf den Freund jenseits des großen Wassers, die Engländer zur Fügsamkeit zu bringen. Die zweite entscheidende Erwägung: als Alliierter würde England den französischen Genossen in seiner Politik Deutschland gegenüber noch mehr hemmen als schon bisher, und Frankreich wünscht mit Deutschland zu verkehren und zu verhandeln, wie es ihm beliebt. Es hat die stärkste Armee, möchte seine Situation ausnutzen, abwechselnd und je nach Bedarf puffen und streicheln können und dabei nicht durch einen Lebensgefährten gehindert werden, der sich bereits jetzt, ohne Eheschein und Priestersegen, so außerordentlich lästig benimmt.

Denjenigen französischen Politikern, die auf das Alleinsein mit uns so hohen Wert legen, konnte die Rede Churchills natürlich nicht viel mehr als der Allianzvorschlag gefallen. Sie betrachten die Regelung der festländischen Angelegenheiten für eine rein französische Aufgabe, und besonders die Regelung aller Fragen, die Deutschland betreffen, sozusagen als ihr Privatgebiet. Seit dem Waffenstillstand haben wir immer nur gehört, Frankreich befürchte einen neuen Ausbruch des deutschen Kriegsgeistes und müsse darum auf all seinen Forderungen bestehen. Fast die ganze Pariser Presse pflegte auch zu erklären, daß man den Deutschen das oberschlesische Industrieland vor allem deshalb wegnehmen müsse, weil es Vorratsplatz und Werkstatt für neue Kriegsrüstungen sei. Jetzt, wo Lord Derby und Churchill, in verschiedenen Formen, davon gesprochen haben, daß England sich schützend oder vermittelnd zwischen Frankreich und Deutschland stellen könnte, schreibt Herr Millet im „Petit Parisien", Frankreich habe keine Angst. Alles lieber als eine Schutzwache, die den Beschützten überwacht! Und in der Tat, Herr Millet sagt keineswegs die Unwahrheit, Frankreich ist bei den meisten seiner Forderungen längst nicht mehr von der Sorge um seine Sicherheit bewegt. Die französischen Imperialisten und Großspekulanten wollen das Ruhrgebiet nicht aus solcher Besorgnis rauben, wollen nicht, wie die Boulevardpresse heuchelt, zur Abwendung abermaliger Kriegsgefahren die kostbare, ganz von den Deutschen geschaffene oberschlesische Industrie ihren polnischen Strohmännern in die Hände spielen, sondern sie

Die Räumungsforderung der Alliierten in Oberschlesien.

Die deutschen Bedingungen für die Auflösung des Selbstschutzes.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

D Breslau, 13. Juni.

Die „Schlesische Volkszeitung" erfährt von zuverlässiger Seite aus Oppeln: General Le Rond versucht augenblicklich von Korfanty eine Erklärung zu erhalten, in der sich Korfanty zur schleunigen Wiederherstellung der Ordnung verpflichtet und gleichzeitig verspricht, mit einer paritätisch zusammengesetzten Verwaltung, in der auch die Deutschen Sitz und Stimme haben sollen, zu arbeiten. Auf diese Weise hofft Le Rond in kürzester Zeit die Ordnung in Oberschlesien auf unblutigem Wege wieder herzustellen und seine polnischen Freunde vor der energischen Säuberungsaktion der Engländer zu schützen.

Dieser neue Plan ist angesichts der Erfahrungen, die die Deutschen und die interalliierte Kommission mit Korfanty gemacht haben, so fragwürdig, daß er von deutscher Seite keiner Gegenliebe begegnet. Bei ihren Verhandlungen mit General Höfer hat die interalliierte Kommission wiederholt auf das bestimmteste versichert, daß sie den Insurgenten jede Kampfhandlung untersagen würde. Wie wenig es aber der interalliierten Kommission gelingt, ihren Willen durchzusetzen, beweist die **neue Beschießung von Ratibor-Plania,** das am Sonnabend nachmittag wieder mit 32 Schuß Artillerie belegt wurde. Auch sind **mehrere Ortschaften, die der deutsche Selbstschutz auf Aufforderung der Interalliierten für die Entente truppen freigemacht hatte, heute von den Polen besetzt worden.**

Neuerdings hat die politische Situation für die deutschen Interessen eine sehr gefährliche Wendung genommen. Die interalliierte Kommission hat zwei Räumungspläne aufgestellt, je einen für die polnischen Insurgenten und für den deutschen Selbstschutz. Die Räumung soll gleichzeitig beginnen, gleichzeitig durchgeführt und beendet werden. Auf deutscher Seite wird, weil von einer Entwaffnung der polnischen Insurgenten nicht die Rede ist, in diesem neuen Plan nur ein Hinausschieben der polnischen Gefahr gesehen. Die Polen hätten dann jederzeit die Möglichkeit, wenn es ihnen paßt, neu loszuschlagen. Man ist in deutschen Kreisen Oberschlesiens allgemein der Auffassung, daß der Selbstschutz erst dann seinen Zweck erfüllt hat und sich auflösen kann, wenn der Aufstand restlos und wirksam niedergeschlagen ist, und wenn Leben und Eigentum der oberschlesischen Bevölkerung sichergestellt sind und der alte Rechtszustand wieder hergestellt ist.

General Höfer hat vor acht Tagen die Gleichstellung des deutschen Selbstschutzes mit den Insurgenten abgelehnt und erklärt, daß die ganze Frage von politisch so schwerwiegender Bedeutung ist, daß er die Verantwortung einer Entscheidung ablehnt und sie dem sogenannten „Zwölferausschuß der Deutschen Oberschlesiens" in Oberglogau überläßt. Dieser wird nunmehr bei den Verhandlungen mit der alliierten Kommission prinzipielle Forderungen stellen, um die deutsche Bevölkerung gegenüber den neuen Gefahren, die ihnen aus einem Rückzug des deutschen Selbstschutzes entstehen könnten, zu sichern.

Als Bedingungen als Voraussetzung der Auflösung des Selbstschutzes müssen gelten: Vor allem eine wirkliche Entwaffnung der Insurgenten und eine Entfernung der landfremden Truppen und Banden in Oberschlesien. Ferner eine wirksame und lückenlose Sperrung der Grenze gegen Polen. Dann ist die Einrichtung einer Polizeitruppe geboten, die nur aus Leuten besteht, die ihrer Persönlichkeit und ihrem Vorleben nach dazu geeignet sind, und sich in keiner Weise weder unmittelbar noch mittelbar an dem polnischen Aufstande beteiligt haben. Gemeindewachen nach dem neuen französischen Vorschlag sind für die deutsche Bevölkerung unannehmbar. Allgemein ist man in Oberschlesien gegen den Erlaß einer Amnestie, man fordert vielmehr, daß die Schuldigen bestraft werden. Die Beseitigung aller von den Insurgenten geschaffenen Einrichtungen insbesondere auf dem Gebiete der Verwaltung, ist ebenso erforderlich, wie ein ausreichender militärischer Schutz der Industriewerke, um Arbeitswillige vor Terror zu bewahren. Mit Recht wird auch von der deutschen Bevölkerung verlangt, daß sie über die Durchführung aller nötigen Maßnahmen eine volle Kontrolle erhält.

Zusammenkunft zwischen Rathenau und Loucheur.

Erörterung der Reparationsfragen.

Berlin, 13. Juni. (W. T. B.)

Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Rathenau hat sich nach Wiesbaden begeben, um mit dem französischen Minister für die befreiten Gebiete Loucheur zu zweitägigen Besprechungen zusammenzutreffen. Gestern wurden die Fragen der internationalen Wirtschaftslage in Zusammenhang mit dem Reparationsproblem in fünfstündiger Aussprache der beiden Minister erörtert. Es kamen dabei die Fragen der Sachleistung, Arbeitsleistung und Finanzierung zur Sprache. Heute soll eine Reihe von Einzelfragen erörtert werden. Uebereinstimmung herrschte in dem Bestreben, die Aufgabe des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in großem Ausmaß und in verstärktem Tempo zu fördern.

Paris, 13. Juni. (E. P.)

Ueber eine Unterredung zwischen Loucheur und Dr. Rathenau in Wiesbaden weiß der „Petit Parisien" noch folgendes zu berichten: Zweimal versuchte Rathenau über Oberschlesien zu sprechen, um zu beweisen, daß diese Frage einen wirtschaftlichen Charakter habe. Loucheur ging aber auf dieses Gebiet nicht ein, da dies eine politische Frage sei. Er verwies auf den Friedensvertrag, der Deutschland Kohlen aus Oberschlesien während 15 Jahren sichert. Rathenau sprach zunächst über die 26prozentige Ausfuhrabgabe, ohne feste Vorschläge zu machen. Er teilte aber Loucheur mit, daß er das Londoner System einem dem Pariser ähnlichen vorziehen würde, weil die festen Jahresraten höher seien. Rathenau wünscht außerdem das System der Schuldverschreibungen durch ein anderes zu ersetzen, nämlich, daß Deutschland selbst Anleihen auf den Weltmarkt ausgeben dürfe. Loucheur entgegnete, daß es Deutschland nichts helfen könne, noch Anleihen mit der Garantie der Alliierten ausgeben zu dürfen. Schließlich sprach Rathenau über die Naturalleistungen. Loucheur verwies auf die hohen Schwierigkeiten, die bei den Naturalleistungen zu überwinden seien. Derartige Zahlungen in natura dürften nicht im Laufe eines Jahres geleistet, sondern müßten auf mehrere Jahre verteilt werden. Keinesfalls aber könne von Frankreich innerhalb eines Jahres mehr bezahlt werden als die Barleistungen Deutschlands betrügen, denn wenn Frankreich in barem Gelde nachhülfe, um deutsche Lieferungen zu bezahlen, so hätte es davon wenig Sicherheit, wenn aber die deutschen Lieferungen in natura einen Vorschuß für künftige Jahresbezahlungen bedeuten würden, so könne sich Frankreich damit abfinden. Loucheur warf schließlich die Frage auf, ob es nicht möglich sei, gewisse Einkaufsgenossenschaften als Vermittler zur Belieferung und Zahlung über mehrere Jahre hinaus zu bezeichnen. Die Preise für die Holzhäuser müsse Deutschland unbedingt herabsetzen.

Der Korrespondent der Agence Radio in Wiesbaden telephoniert, daß die Unterredung Loucheurs mit Rathenau am Sonntag von 11 Uhr bis 12 Uhr 30 Minuten mittags dauerte. Um 3 Uhr 35 Minuten nachmittags traten die beiden Minister neuerdings zusammen und unterhielten sich bis 7 Uhr 30 Minuten abends. Alle Fragen, die die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete betreffen, wurden sachlich erörtert, insbesondere die der Holzhäuser und der Lieferung von Baumaterial und der deutschen Arbeitsleistung. Rathenau hat Loucheur angeboten, die deutschen Arbeitskräfte in Deutschland zu verwenden und von Deutschland bezahlen zu lassen. Die ausgegebenen Summen sollten als Zahlung an Frankreich angesehen und von der deutschen jährlichen Rate abgerechnet werden. Der Eindruck Loucheurs nach diesen Unterredungen war günstig. Er wird seinen Aufenthalt in Wiesbaden verlängern, und die Besprechungen werden heute, Montag von 10 Uhr bis 11 Uhr vormittags und von 3 Uhr bis 5 Uhr nachmittags weitergeführt. Loucheur wird dann heute abend nach Paris zurückfahren. Vorläufig sollen keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden. Rathenaus Vorschläge sollen von Sachverständigen geprüft, und die Verhandlungen sollen später in Paris weitergeführt werden.

erstreben industrielle und politische Hegemonie, Beherrschung des Weltmarktes und, kurz gesagt, ein brillantes Geschäft. Da hierbei der mächtige Konkurrent England ihnen hinderlicher sein könnte als das machtlose Deutschland, wollen sie das tête à tête mit uns ohne den störenden Dritten, und seit dieser Dritte etwas steifnackiger geworden ist, sagen sie uns mitunter ein freundliches Wort. Auch Herr Millet versichert, wenn das Kabinett Wirth weiter seinen guten Willen beweise, werde sich die französisch-deutsche Zusammenarbeit schnell organisieren, und man werde in England — das dabei nicht gebraucht wird — die Schnelligkeit dieser Entwicklung mit einiger Ueberraschung sehen. Das alles klingt gewiß sehr verheißungsvoll. Aber wird endlich die Zollsperre am Rhein beseitigt werden, werden die französischen Truppen aus Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, wo sie sich gegen alles Recht aufhalten, endlich abmarschieren und wird Frankreich darauf verzichten, seinem polnischen Klienten ein Industriegebiet zu schenken, das nur durch die deutsche Arbeitskraft exzitiert? Vorläufig bemerkt man nichts davon. Und zu übermäßigem Vertrauen haben wir keinen Grund. Kinder und sogar Erwachsene bilden sich manchmal ein, man könne aus einem Automaten Schokolade herausholen, indem man ihm einen Stoß nach dem andern gibt. Die französischen Politiker sollten begreifen: so geht es nicht.

Als man hoffen konnte, das Ruhrgebiet zu besetzen, hat man — haben die Pariser Nationalisten und Imperialisten — behauptet, Deutschland müsse gezüchtigt und gebändigt werden, denn es sei noch immer von der Reaktion beherrscht. Jetzt, wo auf manche Hoffnung verzichtet werden mußte, gibt man zu, daß in Deutschland immerhin eine Demokratie besteht. Ohne unser Urteil so vom Wechsel der Situation abhängig zu machen, müssen wir sagen und haben wir immer gesagt, daß es in Frankreich wahrhaftig nicht an demokratisch oder einfach vernünftig denkenden Menschen fehlt, die von den Schlichen und Plänen der Hegemoniestreber ganz ebensowenig wissen wollen, wie die großen Massen des deutschen Volkes von den Umtrieben und Projekten einer meist beschäftigungslosen, zu bürgerlicher Beschäftigung unfähigen, auf Gewaltat sinnenden, auf Unruhen lauernden Abenteurerschar. Diese Franzosen, mit denen wir uns gern und leicht verständigen würden, müssen die Rede Churchills billigen und seine Meinung teilen, daß der Friede in Europa nur durch ein Zusammenarbeiten Frankreichs, Englands und Deutschlands gesichert, die Genesung Europas nur auf diese Weise erwirkt werden kann. Einstweilen aber befinden wir uns, so trefflich die Absichten des Herrn Briand auch sein mögen, noch einem Regime gegenüber, das auf die Welt und besonders auf Deutschland ganz anders blickt. Jeder Gewaltakt wird noch als ein Akt der Gerechtigkeit bezeichnet, die gemeine Unmoral des Industrieraubes in Oberschlesien wird mit lügnerischen Phrasen umhüllt. Der „Temps", das führende Organ der Regierungsmehrheit, bedauert in den erwähnten Artikel noch, daß Frankreich nach dem Waffenstillstande nicht „eine deutsche Politik" gehabt habe — daß, um es verständlich zu übersetzen, Deutschland nicht aufgelöst, die deutsche Einheit nicht zerstört worden sei. Ein Dirigent der öffentlichen Meinung ist noch Herr Poincaré, den man nur zu klopfen brauchte, um seine Mitschuld am Kriege festzustellen, ganz wie auf dem Rücken des Balzacschen Bagnohelden Trompe-la-Mort, sobald er geklopft wird, das eingebrannte Sträflingszeichen erscheint. Auch diese Kreise können, um Herrn Lloyd George seine Entbehrlichkeit zu Gemüte zu führen, uns mit möglichst geringen Kosten ihre Verschlichlichkeit beweisen wollen. Man handelt bei uns sehr falsch, wenn man das mit Befriedigung aufnimmt oder sich — unter „treudeutschen" Großindustriellen — zu bereitwillig auf jeden „Organisationsplan" einläßt, denn das hält die wahre Verständigung, die wir alle wünschen, nur auf. Diese Verständigung kann nur nach dem Rezepte erfolgen, das Churchill angedeutet hat. Wir können uns weder dazu hergeben, dem französischen Nationalismus zur Befriedigung seiner Ranküne gegen England zu helfen, noch uns auf eine Art des „Zusammenarbeitens" einlassen, wo wir vielleicht ein Kamerad sein würden, aber nur, wie man in den deutschen Kasernen sagte, ein die Kleider bürstender „Putzkamerad". Die stille Aussprache zu zweien lockt uns nicht sehr. Durch die Teilnahme eines Dritten wird, wie so oft in französischen Komödien, die Sicherheit des häuslichen Friedens vermehrt.

Die Zukunft.

Von [Nachdruck verboten.]

Arnold Höllriegel (Wien).

Da ich unserer Zukunft nicht ohne Besorgnisse entgegensehe, bezog ich vom Verlag „Reform" in Kassel für drei Mark eine Broschüre, die ein Herr Germanicus verfaßt hat. Das muß ein Nachkomme jenes Germanicus sein, dessen Vater Drusus die berühmte Begegnung mit der Seherin Veleda hatte. Seither hat sich das Seherische in dieser Familie vererbt und, mit einem Wort, Germanicus in Kassel kennt Deutschlands Zukunft; er hat sie „aus astrologischen, pirikistischen und anderen Prognosen" kennen gelernt und verrät sie jedem, der drei Mark nach Kassel schickt.

Im Jahre 1927, sagt Germanicus — —

Dieses Jahr (in dem Deutschland unter anderem wieder eine Monarchie wird) hat der Pendelforscher Dr. C. Zeller mit Hilfe des siderischen Pendels herausbekommen. Einem Kaufmann des anonymen Namens C. in Homburg sagte das siderische Pendel sogar ein noch genaueres Datum: 19. März 1921. Wer weitere drei Mark an den Verlag „Reform" in Kassel schickt, der erfährt möglicherweise aus der Broschüre über das siderische Pendel (die in jener ersten Broschüre angekündigt ist), auch Stunde und Sekunde.

Uebrigens hat diesen 19. März 1927 schon im Jahre 1849 eine alte Zigeunerin dem Prinzen Wilhelm von Preußen prophezeit; Germanicus wiederholt die etwas verzwickte kabbalistische Addition von Jahreszahlen, mit deren Hilfe sie damals den Weltkrieg, die deutsche Revolution und Ebert's Präsidentschaft vorausagte. Aber am 19. März 1927 „wird Preußens Aufstieg wieder beginnen". Darauf verschwand sie, und ihre Prophezeiung wurde leider erst achtzig Jahre später bekannt, sonst hätten wir alles vorausgewußt.

Das Jahr 1927 als das Datum eines zweiten Krieges hat, immer nach Germanicus, schon im Oktober 1914 der englische Astrologe Seraphil geweissagt. Ihm pflichtet die deutsche Astrologin Elsbeth Ebertin bei. Wie man genau erfährt, wenn man vom „Reform"-Verlag in Kassel eine weitere Broschüre bezieht. Für weitere 3 Mark.

Wer hingegen an den „Reform"-Verlag in Kassel einmal 5 Mark 60 Pfennig und dann noch einmal 5 Mark 30 Pfennig schickt, der erfährt aus zwei handlichen Broschüren jede wünschenswerte Einzelheit über diesen kommenden Krieg, z. B.: „daß die Sprengung der Entente nur eine Frage der Zeit ist, daß England, Japan und Amerika untereinander eine große Abrechnung halten werden, und daß Frankreich dabei von England kaltblütig geopfert werden wird. Es wird, um sich Indien zu erhalten, genötigt sein, dem deutschen Riesen die Ketten abzunehmen, und dann kommt der Tag der Abrechnung mit Frankreich — —"

Aber das mit Japan und Amerika kann man sogar noch billiger erfahren. Nur 75 Pfennig an den Verlag „Reform" in Kassel, und man liest in einer weiteren Broschüre das Genaueste über die Weissagung, die das Dresdener Medium Thalia Helladus am 31. Januar 1920 in einem öffentlichen Vortrag in Leipzig kundgetan hat. Der zweite Weltkrieg beginnt schon 1921. Um 1923 erst mischt sich Deutschland ein und siegt, zusammen mit Amerika. Revolution in Frankreich, England, Japan. Anschluß Deutschösterreichs ans Reich.

Aber das ist noch nichts. Ende der zwanziger Jahre entdeckt man den zweiten Mond der Erde, nebst einem Riesenkometen. Der vor etwa elftausend Jahren untergegangene Erdteil Atlantis taucht wieder auf, dagegen versinkt (wie auch der englische Astrologe Seraphil schon geprophetet hat), das stolze Albion im Meer. Das gibt natürlich ein großes Geplantsch im Wasser, so daß Hamburg arg überschwemmt wird, und beim Einsturz des Elbtunnels viele Menschen ums Leben kommen. Dann wird Deutschland wieder trocken und blüht im Schicksalsjahre 1927 mächtig auf.

Nach 1935 wachsen, so gut wird es den Deutschen gehen, in der Mark Brandenburg sogar Orangen und Datteln. Nach der ungeheueren Erdbebenperiode bekommt Deutschland nämlich ein südliches Klima. Uebrigens der Nordpol auch; und das trifft sich gut, denn man wird um diese Zeit am Nordpol eine neue Menschenrasse entdecken, die allen alten weit überlegen ist und nun die Führung der Menschheit übernehmen wird. Es beginnt sodann jenes goldene Zeitalter, das schon im Jahre 1908 der Geist des seligen Ernest Renan einem gewissen Herrn Candiotti vorhersagte — —

Im ganzen soll man, das habe ich nach dem Muster jener Zigeunerin durch kabbalistische Addition der in der „Germanicus-Broschüre" vermerkten Zahlen ermittelt, dem Verlag „Reform" in Kassel 146 Mark 75 schulden, nebst 20 Prozent Teuerungszuschlag. Dafür bekommt man außer zahlreichen und durchaus tröstlichen Schilderungen unserer Zukunft noch ein befriedigendes Horoskop und schließlich ein Päckchen, enthaltend „das sonnenerhebende Geschenk unserer Zeit für Erschöpfte", nämlich eine „Mährsalz-Vitamin-Nahrung", die bewirkt, daß man in acht Wochen acht Pfund zunimmt. So gestärkt, kann man in voller Gesundheit abwarten, ob man wirklich die schöne Zukunft erleben wird, die alle besseren Propheten so einstimmig ankündigen.

Die Satzung des Garantiekomitees.

Seine Mitglieder und seine Aufgaben.

In Uebereinstimmung mit dem von der Reparationskommission am 5. Mai 1921 aufgestellten und am gleichen Tage der Kriegslastenkommission bekanntgegebenen Zahlungsplan und in Anwendung des § 7 der Anlage II zu Teil VIII des Vertrages von Versailles hat die Reparationskommission vorläufig das Statut für das Garantiekomitee beschlossen, dessen Einsetzung in Artikel 6 des genannten Zahlungsplans vorgesehen ist. Eingangs werden darin als Mitglieder des Komitees benannt: Sir Hugh Lewis, beigeordneter Delegierter Großbritanniens in der Reparationskommission für Großbritannien, die Herren Controlleur Général Manelère, beigeordneter Delegierter Frankreichs in der Reparationskommission für Frankreich, d'Amelio, beigeordneter Delegierter Italiens in der Reparationskommission für Italien, Bemelmans, beigeordneter Delegierter Belgiens in der Reparationskommission für Belgien, Setiba für Japan, Diouritch für Jugoslawien. Die Kommission bezeichnet einstweilen die Herren Leith Boy als dritten, Minoft als französisches, Grazia bei als italienisches und Frerichs als belgisches Mitglied des Finanzbeirats zur Unterstützung und im Falle der Abwesenheit als Vertreter der Mitglieder des Garantiekomitees ihrer entsprechenden Nationalitäten. Das Komitee wird, unter Einholung der Genehmigung der Kandidatenliste durch die Kommission, nächstens drei Vertreter anderer Mächte hinzuwählen, sobald sich nach Ansicht der Reparationskommission in den Händen der Staatsangehörigen dieser Mächte Schuldverschreibungen, die auf Grund des Zahlungsplanes ausgegeben sind, in einer Anzahl befinden, welche die Vertretung ihrer Staatsangehörigen in dem Garantiekomitee rechtfertigen. Der Sitz des Garantiekomitees ist vorläufig Paris, er kann jedoch nach Deutschland oder jedem anderen Ort verlegt werden, falls die Reparationskommission es für tunlich erachtet.

Das Garantiekomité hat unter der Leitung der Reparationskommission folgende Aufgabe:

1. Die Anwendung der Artikel 241 und 248 des Vertrages von Versailles sicherzustellen;

2. darüber zu wachen, daß die Fonds, die zur Sicherstellung der in Ausführung des Artikels 4 des Zahlungsplans von Deutschland zu leistenden Zahlungen bestimmt sind, für den Dienst der in Artikel 2 des Zahlungsplans vorgesehenen Schuldverschreibungen verwendet werden, nämlich: a) der Ertrag aller See- und Landzölle, insbesondere der Abgaben auf Einfuhr und Ausfuhr, b) der Ertrag der Prozentigen Abgabe vom Wert aller Ausfuhr aus Deutschland mit Ausnahme derjenigen Ausfuhr, welche gemäß der in Artikel 8 des Zahlungsplanes angegebenen Gesetzgebung mit einer Abgabe von mindestens 25 Prozent belastet ist; c) der Ertrag der direkten oder indirekten Abgaben oder Steuern oder aller anderen Einnahmequellen, die von der deutschen Regierung vorgeschlagen und von dem Garantiekomitee angenommen werden, um die unter a) und b) einzeln erwähnte Beträge zu ergänzen oder zu ersetzen.

3. darüber zu wachen, daß die Deutsche Regierung die für den Dienst der Schuldverschreibungen bestimmten Fonds in Gold oder in fremder von dem genannten Komitee gebilligten Währung auf Konten überweist, die auf den Namen des Garantiekomitees lauten und von ihm überwacht werden;

4. darüber zu wachen, daß keine Maßnahme getroffen wird, die geeignet wäre, den Ertrag der für den erwähnten Zweck bestimmten Einnahmequellen herabzumindern; falls irgend ein Vorschlag die Herabminderung dieses Ertrages zur Folge haben könne, mitte die deutsche Regierung diesen Vorschlag dem Garantiekomitee bekanntgeben, und dieses würde von der Deutschen Regierung verlangen können, daß sie andere dem Komitee genehme Einnahmequellen an die Stelle derjenigen setzt, welche beseitigt werden sollen;

5. namens der Reparationskommission den Betrag der für den Dienst der Schuldverschreibungen bestimmten Einnahmen zu bestätigen und, nötigenfalls richtigzustellen;

6. namens der Reparationskommission die in § 12b der Anlage II vorgesehene Prüfung des deutschen Steuersystems vorzunehmen;

7. namens der Reparationskommission den Betrag zu bestätigen und nötigenfalls richtigzustellen, der von der deutschen Regierung als Wert der deutschen Ausfuhr erklärt wird, welche der Abgabe nach Maßgabe der Artikel IV, 2 und 3 des Zahlungsplans unterliegen soll;

8. alle anderen für notwendig erachteten Maßnahmen zu treffen, um die regelmäßige Erfüllung seiner Aufgabe sicherzustellen, ohne jedoch in die deutsche Verwaltung einzumischen.

Die britische Lage in Kleinasien.

Lloyd George und Venizelos.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Haag, 13. Juni.

„Daily Mail" weist auf die Bedeutung der Konferenz hin. Chamberlain und Winston Churchill seien allerdings abwesend, und auch der Staatssekretär für Indien liege. Sämtliche anwesenden Minister seien aber Verfechter der dem nunmehrigen Marquis Curzon und Lloyd George's persönlicher Politik, die auf Unterstützung aller antitürkischen Bewegungen im Osten hinauslaufe und Indien mittelbar durch eine Anzahl autonomer, aber unter britischem Einfluß stehender Staaten verbinden wolle. Diese Politik hängt eng mit dem Programm des Großgriechentums, des Zionismus und einer armenischen Autonomie zusammen. Nichtsdestoweniger zögert das Kabinett noch, die Konsequenz aus diesem Programm zu ziehen, und sich vorbehaltlos hinter Griechenland zu stellen. Es trug Vorschlag vor, eine Aktion zur Unterstützung der Griechen bei der kommenden Offensive von der Bildung eines Koalitionskabinetts in Athen, der Kontrolle der militärischen Ernennungen, Operationen durch eine Militärmission des englischen Generalstabs abhängig zu machen. Aussicht scheint aber nur zu bestehen Kooperation der englischen mit der griechischen Flotte zur Blockierung desjenigen Teiles der türkischen Küste, durch den die Kemal-Regierung noch in Beziehung zur Außenwelt steht. „Daily Telegraph" weist darauf hin, daß Lloyd George sich in steter Verbindung mit Venizelos befindet, der sich gegenwärtig in London aufhält. Die englische Admiralität begiffert sich nach weiteren Nachrichten mit dem Plane, ausgerüstet mit der nötigen schwerenFlotte, inoffizielle Schätzungen liegen aber bedeutend höher und belaufen sich auf ungefähr 160 000 Mark. Er scheint die nötigen Kavallerie zu fehlen. Mit der Angoraregierung ist England jedenfalls die Verhandlungen noch nicht abgebrochen. Kemal noch immer nicht alle englischen Gefangenen ausgeliefert, wozu ihn nach englischer Auffassung der Londoner Vertrag verpflichtet.

Aus Athen wird gemeldet, daß das Bombardement Heraklea durch die Griechen in Konstantinopel große Aufregung hervorgerufen hat. Trotzdem die offizielle türkische Regierung Konstantinopel von allen Seiten gewarnt werde, daß eine friedliche Beilegung des Widerstandes von Angora das Sultanat bedrohe, stehe die Regierung unter dem Einfluß von Angora. Alle diese Nachrichten lauten dahin, daß weiterhin sich die Situation in Kleinasien verschärft, ohne daß die Alliierten zu einem positiven Entschluß kommen können. Beunruhigende Kommentare werden auch an das unerwartete Rücktreten des italienischen Botschafters in London geknüpft.

Rom, 13. Juni.

Die „Tribuna" schreibt, da Italien in Kleinasien keine Eroberungswünsche habe, genügten ihm nach der bereits erfolgten Besetzung für seine wirtschaftlichen Zwecke einerseits ein interessenfreundliches Abkommen, andererseits ein Vertrag mit Kemal Pascha. Italien habe darum keinerlei Reaktion zu seinem Schaden zu befürchten. Minister Stefani drückt die Erwartung auf eine friedliche Beilegung mit Kemal Pascha aus. Die Uebersiedlung der kleinen Garnison in Adalia habe mit den letzten Zwischenfällen, welche durch die Ueberreizung der türkischen Bevölkerung entstanden, nichts zu tun, sondern sei lediglich eine Maßregel militärischer Opportunität gewesen.

Athen, 12. Juni. (Z

Der König ist mit dem Kronprinzen und den Prinzen Andreas nach einem Besuchesdienst in der Kathedrale in Smyrna und die Front abgereist. Gunaris, der Kriegsminister, der Marineminister und der Generalstabschef begleiten die Kommission ist bis zur Rückkehr von Gunaris verlegt.

Weber-Feier im Opernhaus

L. S. Das Jubiläum der vor hundert Jahren erfolgten Aufführung des „Freischütz", dem wir am Sonnabend entgegensehen, hat schon gestern mittag Veranlassung zu einer Weber-Feier der Staatsoper gegeben. Am 15. März 1821 hat nämlich die erste Aufführung der „Preciosa" in Berlin stattgefunden, und am 26. desselben Jahres spielte Weber das am Tage der Freischütz-Uraufführung fertiggewordene F-moll-Konzertstück im königlichen Schauspielhaus aus dem Manuskript. Das Schauspiel Pius Alexander Wolffs, von dem braven Gewerein aus Weimar vertont, war bereits 1811 einmal eingereicht, aber von Iffland zurückgewiesen worden. Nicht aus künstlerischen Gründen, sondern weil der Dichter der königlichen Schauspiele die Beziehung auf ein aktuelles Geschehen fürchtete. Damals war in Berlin eine Räuberbande verhaftet worden, bei der ein Mädchen, die „schöne Louise", eine der Preciosa-Rolle spielte. Erst elf Jahre später nahm auf Veranlassung des befreundeten Grafen Brühl (des Berliner Intendanten) Weber das überkontinentalen, literarisch minderwertigen Stückes an, veränderte es durch seine geniale, auf dem Boden edelster Volkstümlichkeit erblühte Musik vor der Vergessenheit. Als echter Romantiker gab ihm musikalisches Lokalkolorit, wodurch die „Preciosa" einen frühesten Beispiele der Verwendung spanischer und zigeunerischer Originalmotive wurde.

Sollte pietätvoll an das uns teure Werk erinnert werden, so wohl eine spanische Aufführung mit bedeutenden Künstlern in Hauptrollen am Platze gewesen. Statt dessen ließ man die Preciosa von Frl. Genia Gufzalewicz sprechen und singen, das Lied von Dr. Georg Droescher in einer von der bekannten Sternaufschen abweichenden, eigenen Fassung vortragen und spielen die Musikstücke konzertmäßig auf. (Wobei Dr. Stieber das Tempo des Zigeunermarsches vergriff; wie das Zeitmaß gemessen ergibt sich auch dem Nachspiel des F-dur-Chores.) Diese Art hat etwas Dilettantisches, gesangsvereinsmäßig.

Das Konzertstück spielte Michael v. Zadora. Es war eine Demonstration gegen, als eine Huldigung für Weber. Gleich erst Thema eine rhythmische Verzerrung des Weberschen Gedankens. Kann und will der Pianist sich in diese deutsche Musik nicht einfühlen, so soll er die Finger davon lassen. Auch alles Folgende, das entweder übel (aus Rücksicht auf das Orchester) einigermaßen zu spielen mußte, geriet so trocken, so wenig romantisch, daß man fragen mußte: war für diese ehrenvolle Aufgabe wirklich kein anderer Interpret zu finden? Schade, daß es anno 1821 noch keine Grammophone gab, die uns Webers eigenes Spiel vor Ohren führten!

Wieder einmal zeigten die Programme nicht annähernd die Zahl der Besucher. Ein kleines, aber charakteristisches

Die Hüter des Grals der Freiheit."

Deutschnationalen Badens veranstalteten gestern in Frei- Deutsche Volkspartei.

...Deutschnationalen Badens veranstalteten gestern in Frei- einen Landesparteitag. Dabei hielt der Führer der Gesamt- der Reichstagsabgeordnete Dr. Hergt, eine längere in der er die Reichsregierung scharf angriff. Die heutige ...rung, sagte er, sei nur eine Regierung von Glücksrittern. Kabinett Wirth habe, statt ein Regierungsprogramm zu ...stellen, Schlagworte geprägt. Der Standpunkt der Deutsch- Volkspartei wäre ihm unerklärlich.

...Wen uns", fuhr er fort, „konnte der Kanzler und das deutsche ...eine solche Stellungnahme nicht erwarten, denn wir sind die ...einer gröberen Aufgabe. Wir sind die Protektor in ...sie, die Hüter des Grals der deutschen Freiheit. ...treten ein für die Revision des Ultimatums. Es gibt Leute ...der Regierung, die auch unseren Standpunkt vertreten. Das ...rungsprogramm, das Dr. Wirth gegeben hat, war eine Ent- ...für uns und für zahlreiche andere."

...ist nicht ohne Reiz, zu sehen, wie sich die Vertreter der ...Reaktion hier als die Hüter des Grals der Freiheit ...fühlen. Die Freiheit, die diese Kreise erstreben, ist die ...wiederherstellung all der Klassenvorrechte, die sie ...dem alten Regime auf Kosten aller anderen Volks- ...genossen haben. Im übrigen muß man den Deutsch- ...nalen doch sagen, daß nicht nur sie allein auf eine ...tion des Ultimatums hinarbeiten. Das ist vielmehr das ...aller Parteien. Aber diese Frage wird erst dann ...werden, wenn die internationale Garantiekommission sich ...davon überzeugt, daß Deutschland auf die Dauer die ...Garantie-Annuitäten aufzubringen nicht in der Lage ist. Mit ...Protestieren ist es heute nicht getan. Zunächst haben wir ...den ehrlichen Willen zu zeigen, daß wir den Verpflichtun- ...des von uns angenommenen Ultimatums bis an die ...Grenze des Möglichen nachkommen wollen.

*

...auch der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat ...mit dem Ultimatum und dem neuen Kabinett beschäftigt. ...erklärte der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann ...anderem:

„In unsere Hand wird die Entscheidung mitgelegt sein, wenn ...politische Wirtschafts- und Finanzpolitik ge- ...werden soll. Ich sehe die Zukunft in einem Kabinett ...breiter Basis oder aber in einer Rückbildung zu einem ...parteilichen Kabinett, wenn die Sozialdemokratie weiter ihre ...Mitarbeit an einem Kabinett der breiten Basis versagt. Wir ...werden die Folgerungen ziehen, wenn man uns den Kampf auf- ...zwingt."

...Nach diesen Worten Dr. Stresemanns scheint die Deutsche ...Volkspartei bereit zu sein, in ein Kabinett auf breiter Basis ...einzutreten, um praktisch an der Wirtschafts- und Finanz- ...politik mitzuarbeiten. Daran werden die Regierungsparteien ...hängen und die Fäden einer Verständigung wieder auf- ...nehmen müssen. Entscheidend dafür wird die Haltung der ...Sozialdemokratie sein, die bislang nicht gerade sehr entgegenkommend ist. Von einer Rückbildung des Kabinetts zu einer rein bür- ...gerlichen Regierung ohne die Sozialdemokratie kann — unter ...heutigen Umständen — indessen kaum die Rede sein.

*

...Am Sonntag fand eine Vertrauensmännerversammlung der ...Demokratischen Partei des Wahlkreises Magde- ...burg-Anhalt in der Reichshalle in Magdeburg statt, in der ...Abgeordneter Schiffer sprach. Hinsichtlich der inneren Politik ...betonte der Redner, daß die Demokratische Partei die Fürsorge ...der Deutsche Volkspartei offen halten wolle zu ...gemeinsamer Zusammenarbeit. Nach dem Schlußwort des Ministers ...wurde eine auf seine Rede bezugnehmende Entschließung gefaßt.

Die Tagung der Danziger Demokraten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

h. Danzig, 13. Juni.

...Am gestrigen Sonntag fand der erste Parteitag der im Frühjahr ...gebildeten Deutschen Partei für Fortschritt und ...Wirtschaft statt, die hervorgegangen ist aus der Vereinigung ...der deutschen demokratischen Partei mit der Freien ...Wirtschaftlichen Vereinigung und seitdem in der

---

...daß der ganzen Veranstaltung nicht eben sonderlich liebe- ...Interesse zugewendet war. Es genügt aber nicht, daß man ...solche Gedenktage nur so schandenhalber wahrnimmt. Wenn ...Staatsoper zu einer Weber-Feier ladet, muß schon etwas ge- ...bot. Hoffen wir auf Samstag!

...Im Schauspielhaus wird jetzt im „Tasso" die Rolle ...Eleonore von Grete Sandheim gespielt. Sie gibt dem ...Dichter der Gestalt nicht die körperliche Morbidezza, eher einen Zug ...verfeinerter Sinnlichkeit, wie ein Jahrhundert früher etwa Mino ...Prielle seine pikant ätherischen Frauenbüsten schuf. Vielleicht geht ...uns ein wenig an seelischer Tiefe verloren, und die Ausbrüche ...verborgenen Liebe hohn nicht das heftige Rot der Verzückung, ...es liegt in diesen Ausbrüchen ein starker Schimmer und eine ...Lieblichkeit, die durch ein sehr klangvolles Organ wirksam gesteigert ...wird. Ueberhaupt ist die Sprache das Beste an dieser Schauspielerin. ...Ihrer Geste bleibt sie ein wenig konventionell, den Stil zwischen ...Elementarheit der Empfindung und dem Melos des Vortrags ...nicht immer ganz sicher findend.

...Klingers „Christus im Olymp" in Berlin. Max Klin- ...gers großes Gemälde aus der Wiener Staatsgalerie, der „Christus ...im Olymp", ist soeben in Berlin eingetroffen und in dem Klinger- ...Saal der Großen Berliner Kunstausstellung aufgestellt worden. Das ...ist, daß zur Eröffnung leider nicht rechtzeitig hier sein konnte, war ...Berlin bisher noch nie zu sehen.

...Ein Rhönmuseum wurde, wie uns geschrieben wird, in ...Bad Kissingen (Unterfranken) in Anwesenheit hervorragender Per- ...sönlichkeiten eröffnet. Es enthält historisch-naturwissenschaftliche ...Sammlungen und gibt ein Bild der Eigenart der Rhöngebirgs- ...bewohner; es ist zugleich ein Symbol des mächtig einsetzenden wirt- ...schaftlichen Zusammenschlußgedankens der Rhönbewohner.

...Theaterchronik. Im Großen Schauspielhaus findet ...Freitag, 14. Juni, die 50. Aufführung von Shakespeares „Sommer- ...nachtstraum" statt.

...Im Deutschen Künstlertheater geht bis Mittwoch ein- ...schließlich abwechselnd Otto Erich Hartlebens Rosenmontag ...und Walther Haack, Theodor Wood und Heinrich Schroth in ...den Hauptrollen in Szene. Am 16. d. M. findet unter Leitung von ...Eugen Robert die Erstaufführung des „Geständnis" statt.

...Aus der Kunstwelt. Im Künstlerhaus, Bellevue- ...straße 3, bleibt die Kunstausstellung an den Sonntagen ...bis 28. August geschlossen. — Am 14. d. M. findet in Rudolf Bertes Kunstauktionshaus die letzte Ver- ...steigerung in der Saison 1920/21 statt. Zum Ausgebot kommen alte und ...moderne, kunstgewerbliche Gemälde, vollständige Zimmereinrichtungen und ...Einzelmöbel, feiner Perser und anderer Teppiche, Biedermeierflügel, ...Bronzen, Porzellane, schlesisch-japanisches und chinesisches ...Kunstgewerbe und anderes mehr. — Bisher noch unbekannte Gemälde von ...Lovis Corinth aus den Achziger und achtziger Jahren sind bei Hugo ...Perls, Nürnbergstraße 57, ausgestellt.

Stadtverordnetenversammlung wie im Volkstag des Freistaates Danzig zum ausschlaggebenden Faktor geworden ist. Die Tagung war außerordentlich stark besucht und stand unter Leitung Geheimrats Kerutt. Es wurde mit Genugtuung festgestellt, daß der Zweck der Fusion, die Schwerkraft der Mittelparteien zu stärken, vollauf erreicht sei und von allen Seiten wurde das Gelöbnis abgegeben, mit aller Kraft am Deutschtum festzuhalten und die innigsten Beziehungen zum Deutschen Reich zu unterhalten sowie den Ausbau des jungen Danziger Staatswesens in deutsch-liberalem Sinne zu fördern. Von Bedeutung war die Mitteilung, daß die Danziger Regierung entschlossen ist in nächster Zeit dem Völkerbund den ganzen Komplex der noch schwebenden Danzig-polnischen Wirtschaftsfragen zur Entscheidung zu unterbreiten, nachdem die schwebenden Verhandlungen zwischen Danzig und Polen durch Polen immer wieder ins Stocken geraten sind. Am Nachmittag fand ein Volksfest im Schützenhaus statt, wobei der neue Chefredakteur der Danziger Zeitung Dr. Müller die Festansprache hielt.

Aufbau der Reichsschule.

Die vierte Tagung des Reichsschulausschusses.

Ueber die Beratungen des Reichsschulausschusses, der kürzlich zum vierten Mal vom Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer einberufen worden war, werden jetzt einige Einzelheiten bekannt. Zunächst suchte man sich über die Ziele und die innere Gestaltung der Grundschule zu verständigen und einigte sich wenigstens soweit, daß an der vierjährigen Dauer der Grundschule unbedingt festgehalten werden solle. Weiter wurde die gegenseitige Anerkennung des Reifezeugnisses durch die Bundesregierungen erörtert. Ueber eine Reihe dabei notwendig gewordener Abänderungen der Abmachungen vom 22. Oktober 1909 wird berichtet:

Es handelt sich dabei besonders um die Einbeziehung der Aufbauschule und der deutschen Oberschule — letztere mit einer der beiden modernen Fremdsprachen als Pflichtfach — in die Vereinbarung, ferner um die allgemeine Zulassung des wahlfreien Unterrichts in den obersten Klassen, um die Frage der acht- oder neunjährigen Dauer der höheren Schulen, und um die Herabsetzung der wöchentlichen Stundenzahl an den höheren Lehranstalten. An der neunjährigen Dauer des Lehrganges ist man Anstalt des Reichsschulausschusses bis auf weiteres grundsätzlich festgehalten, da noch keine Erfahrungen mit der vierjährigen Grundschule vorliegen. Doch sollen Versuche mit der achtjährigen Dauer an besonders geeigneten Schulen, ferner eine Abkürzung des Lehrganges für einzelne begabte Schüler zugelassen sein. Ein Bedürfnis für die Abhaltung der Verbandsprüfung des Reichsverbandes deutscher freier höherer Knabenschulen und Vorbereitungsanstalten wird vom Reichsschulausschuß nicht anerkannt."

Endlich wurde über die Gesamtdauer der Ferien eine Vereinbarung erzielt, die aber wie die übrigen Beschlüsse noch der Genehmigung durch die Landesregierung bedürfen. In der Frage der Neuordnung der Rechtschreibung entschied sich der Reichsschulausschuß für die Vertagung. Er hält diese Neuordnung im Augenblick mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht für angebracht. Und darin wird man ohne weiteres zustimmen müssen. Wir haben heute auf dem Schulgebiet wichtigeres zu tun, als an dem ewigen Problem der Rechtschreibung herumzuturieren.

Der Generalstreik in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 13. Juni.

Im München ist der gestrige Sonntag ruhig verlaufen. Der Generalstreik macht sich im Stadtbild wenig bemerkbar. In den Gewerkschaftsversammlungen wurde Aufhebung des gegen das Organ der Unabhängigen „Der Kampf" erlassenen Erscheinungsverbotes gefordert und bei Bewilligung dieser Forderung das Wiedererscheinen der bürgerlichen Zeitungen in Aussicht gestellt. Die vom Streik betroffenen bürgerlichen Blätter haben übrigens ein gemeinsames Nachrichtenblatt ausgegeben, das eine Uebersicht über die wichtigsten Tagesereignisse bringt. Flugblätter, die für heute, Montag nachmittag, zum geschlossenen Aufmarsch der sozialistischen Arbeiterschaft von der Bavaria nach dem Oststriedhof aufforderten, wurden polizeilich beschlagnahmt und der Aufmarsch selbst verboten. Die Teilnehmer an der Beisetzungsfeier für den ermordeten Gareis dürfen sich erst auf dem Friedhof selbst zusammenfinden. Der Streik hat auch auf Nürnberg übergegriffen.

Nach einer Mitteilung der Streikleitung findet der Generalstreik heute um Mitternacht sein vorläufiges Ende. Die persönlichen Verhandlungen der Streikleitung mit dem Polizeipräsidenten Poehner, um ihn zu einer Modifikation des Versammlungs- und Aufmarschverbots zu bewegen, blieben ergebnislos. Das Extrablatt der mehrheitssozialistischen „Münchener Post", in dem die Ausdehnung des Streiks auf die lebenswichtigen Betriebe angekündigt wurde, ist polizeilich beschlagnahmt worden, ebenso der Aufruf zum Abbruch des Generalstreiks. In ihrer heutigen Nummer schlägt das führende sozialistische Blatt Alarm gegen die Diktatur des deutschnationalen Militärs und die Gefährdung der bürgerlichen Freiheiten in Bayern und ruft alle demokratisch und sozial Denkenden zu gemeinsamem Vorgehen auf. Auch der „Regensburger Anzeiger", das Organ des Führers der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneten Held, rückt energisch von den deutschvölkischen Gewaltpropagandisten ab und fragt, ob es richtig sei, daß der sattsam bekannte deutschnationale Oberst v. Xylander in diesen Tagen die Führer des bayerischen Ordnungsblocks zum Sturze des gegen Berlin zu schlappen Ministerpräsidenten v. Kahr und nötigenfalls zur Errichtung einer Diktatur Xylander-Escherich-Kanzler aufgefordert habe.

*

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat folgende Interpellation eingebracht: „In der Nacht zum 10. Juni ist der bayerische Landtagsabgeordnete Gareis. Vorsitzender der Fraktion U. S. P. D., ermordet worden. Der Täter ist entkommen. Es steht jedoch fest, daß das Verbrechen angestiftet wurde von den monarchistisch-militärischen Kreisen, die sich unter Begünstigung der Kahr-Regierung in den Einwohnerwehren und Orgeschformationen Waffen für ihre reaktionären Pläne geschaffen haben. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um 1. eine ausgiebige Sühne für die Ermordung des Abgeordneten Gareis zu bewirken; 2. die der Sicherheit Deutschlands im Inneren und Aeußeren gefahrbringenden Einwohnerwehren und Orgeschformationen zur sofortigen Auflösung zu bringen und ihre Entwaffnung zu sichern; 3. in Bayern verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen durch Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Volksgerichte? 4. Was gedenkt sie zu tun, um die verfassungswidrige, allen reaktionären Umtrieben in Bayern Vorschub leistende Kahr-Regierung daran zu hindern, weiteres Unheil anzurichten?"

*

Zu einer Protestversammlung fordert die „Freiheit" die Berliner Arbeiter infolge der Ermordung von Gareis auf. Die Versammlung soll heute nachmittag 5 Uhr auf dem Schloßplatz am Marstall stattfinden.

Für die Befreiung der Gefangenen von Avignon.

Riesenkundgebung im Lustgarten.

Tausende von Berlinern, hauptsächlich ehemalige Kriegsgefangene und deren Angehörige, füllten gestern um die Mittagsstunde trotz des zweifelhaften Wetters dichtgedrängt den Lustgarten, um in einer gewaltigen Massendemonstration die Freilassung der noch heute von Frankreich in Avignon gefangengehaltenen Deutschen zu verlangen. Von drei Stellen der Treppe des Alten Museums, dem Denkmal Friedrich Wilhelms III. und der Domtreppe wurde zu der Menge gesprochen.

Reichstagspräsident Loebe führte aus: Seit zweieinhalb Jahren ist der Krieg beendet und seit zwei Jahren der Friede geschlossen. Kaum sich jemand den Geisteszustand der Kameraden ausmalen, die heute noch Woche um Woche auf ihre Erlösung warten müssen? Wir sollten uns in einem solchen Augenblick nicht zerspalten. (Sehr richtig!) Nur durch eine rigorose Auslegung des Paragraphen 210 des Friedensvertrages verweigert Frankreich gewaltsam ihre Heimführung mit der Begründung, es handle sich um Bestrafte. (Entrüstungsrufe.) Nach unseren Ermittelungen sind aber nur vielleicht zwei oder drei wirkliche Verbrecher darunter, die andern sind bestraft für Dinge, die aus der Not des Krieges heraus, wie jeder Kriegsteilnehmer weiß, geschehen. Das sind keine Verbrechen, um des Leben eines Menschen zu zerstören und Familien in seelische Zerrüttung zu stoßen. Ist das Gerechtigkeit, wenn wir vergleichen, daß Deutschland am Tage des Waffenstillstands alle Gefangenen ohne Unterschied hat freigeben müssen? Gerechtigkeit ist erst, wenn Frankreich dasselbe getan hat. Deshalb erheben wir unsere Stimmen an das französische Volk: Wascht du einen Akt der Versöhnung tun, dann schicke unsere Brüder heim, und manches wird aus dem Wege geräumt sein.

Abgeordneter Professor Dr. Walter **Schücking** sagte eine folgendes: „Als Bismarck den ersten Deutschen Reichstag eröffnete, sprach er von der sechshundertjährigen Leidensgeschichte, die hinter uns läge. Wir wissen heute, daß sie noch nicht zu Ende ist. Ich denke dabei auch an die Kriegsgefangenen in Avignon. Es hat sich gezeigt, daß die Rechtsnormen der Haager Konferenz völlig unzureichend sind. Es interessiert uns heute gar nicht, warum diese Leute bestraft worden sind. Es sind unsere deutschen Brüder! Wir richten einen Appell an das ganze französische Volk. Nach Wilhelm v. Humboldt gibt es nur zwei Dinge in der Welt, die gut sind: Gott und das Volk. Das gilt von allen Völkern. Wir wissen, die Mehrzahl des französischen Volkes hat diesen Krieg ebensowenig gewollt, wie das deutsche. (Sehr wahr!) Wir wenden uns an die Mütter Frankreichs. Ich wende mich an die französischen Frauen, an die französischen Kinder. Ein solcher Appell kann nicht nutzlos verhallen. Deshalb fordern wir eine freie Liebestat des französischen Volkes. Die Wirkung wird nicht ausbleiben. Die Gedanken von Haß und Rache werden verschwinden. Nicht als ob Deutschland sein Ziel aufgeben könnte, wieder ein freies Volk zu sein, aber es wird dieses Ziel verfolgen, indem es eintritt für den Gedanken des Rechts, bis der Tag kommt, wo die Welt das große Unrecht von Versailles einsieht. (Lebhafte Bravorufe und Beifall.)

Von der Domtreppe herab sprach Redakteur **Carl Vetter** für den Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Er schloß sich der Forderung nach Freigabe der Armen von Avignon aus allen Gründen der Menschlichkeit und des Menschenrechtes an und bedauerte, daß die Landgebung von den Unabhängigen als „nationalistisch" abgelehnt worden sei.

Auch der Vorsitzende der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Herr **Warsanti**, hielt eine eindrucksvolle Rede, und Abg. Freiherr v. **Tessner**, der seinerzeit Mitglied der deutschen Friedensdelegation war, erklärte: „Jetzt ist der Augenblick, wo nicht die Regierung, sondern das deutsche Volk die Sache in die Hand nehmen muß. Diese Frage wird das eine Gute haben, dem deutschen Volke zu zeigen, daß nur völlige Einigkeit und Geschlossenheit uns wieder hochhelfen können. (Sehr richtig!)

Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine in Sinne der Ausführungen der Redner gehaltene **Entschließung angenommen.**

Notstandstarife bei der Eisenbahn.

Aber nicht vor dem 1. September.

Amtlich wird jetzt über die angekündigte Herabsetzung der Preise der Monats- und Wochenkarten bekanntgegeben: Die zum 1. Juni im allgemeinen Verkehr in Kraft getretene Tariferhöhung bleibt an sich bestehen, mit Rücksicht aber auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes hat der Reichsverkehrsminister die Einführung folgender Notstandstarife angeordnet: Die Monatskarten werden derart berechnet, daß ihnen nicht 20, sondern 16 Einzelfahrten im Monat zugrunde gelegt werden. Die Wochenkarten werden nicht zu zehn Dreißigsteln, sondern zu sieben Achtundvierzigsteln des Monatskartenpreises berechnet. Mit Rücksicht auf die technischen Schwierigkeiten werden die neuen Tarife nicht vor dem 1. September eingeführt werden können. Zum gleichen Zeitpunkte werden die auf anderen Grundsätzen aufgebauten Zeitkarten des Berliner und Hamburger Vorortverkehrs, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten, in dem gleichen Verhältnis ermäßigt werden, wie dies bei den Monats- und Wochenkarten des Fernverkehrs geschieht.

Die Neuregelung der Ferntelefon-Gebühren.

Die neuen erhöhten Tarifsätze.

Die Ferngebühren sind in dem neuen Fernsprechgesetzentwurf von Grund auf neu gestaffelt worden. Künftig soll nach amtlichen Angaben ein Gespräch bis zu drei Minuten Dauer auf einer Entfernung bis zu 5 Kilometer nur 25 Pfennig kosten. Darüber hinaus sind folgende Gebührensätze vorgesehen: Bis zu 15 Kilometer 75 Pfennig, über 15 bis 25 Kilometer 1,25 Mark, bis 50 Kilometer 2 Mark, bis 100 Kilometer 3 Mark und von da ab für jeden 100 Kilometer mehr 1,50 Mark. Dringende Pressegespräche werden noch dem Gesetzentwurf auch künftig zur einfachen Gebühr zugelassen. Bisher betrug die Gebühr für eine Verbindung bis zu drei Minuten Dauer und bis zu einer Entfernung bis zu 25 Kilometer 80 Pfennig, darüber hinaus bis zu 50 Kilometer 1 Mark, über 50 bis 100 Kilometer 2 Mark, bis 300 Kilometer 3 Mark, bis 500 Kilometer 4 Mark, bis 750 Kilometer 5 Mark, bis 1000 Kilometer 6 Mark und über 1000 Kilometer 8 Mark kosten.

Die neuen Sätze entsprechen angeblich den Selbstkosten, die der Fernsprechverwaltung neuerdings aus dem Fernbetrieb erwachsen und die sich aus den eigentlichen Leitungskosten und den Betriebskosten zusammensetzen. Die künftigen deutschen Ferngebühren sollen noch immer hinter den Tarifen anderer Länder zurückbleiben. Um dem deutschen Fernsprechbenutzer die unvermeidlich gewordene Gebührenerhöhung etwas minder fühlbar zu machen, sollen bei Gesprächen von Entfernungen über 100 Kilometer, sobald die erste Dreiminuteneinheit überschritten ist, nicht mehr, wie bisher, Gebühren für weitere Dreiminuteneinheiten, sondern nur noch für einzelne Minuten dergestalt erhoben werden, daß der dritte Teil der für die erste Gebührendreiheit geltenden Gebühr berechnet wird. Hand in Hand mit dieser Neuregelung der Gebühren soll der Ausbau des geplanten deutschen Fernsprechkabelnetzes gehen, durch den die bestehenden Absatzwege, deren Zahl schon vor dem Kriege unzulänglich geworden war, erheblich vermehrt werden sollen.

Sechs-Milliardenetat Berlins.

Der Haushalt der Einheitsgemeinde für 1921.

Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag steht als wichtigster Punkt die Vorlage betreffend Festsetzung des Stadthaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1921. Der diesjährige Etat unterscheidet sich von dem vorjährigen grundsätzlich. Damals waren nur die nach den verschiedensten Grundsätzen aufgestellten Voranschläge der früheren Großberliner Gemeinden aneinandergereiht, während diesmal ein Gesamthaushaltungsplan nach einheitlichen Gesichtspunkten unter Zugrundelegung der den veränderten Verhältnissen angepaßten Altberliner Bestimmungen über die Aufstellung der Etatsentwürfe aufgestellt worden ist. Der Haushaltsplan enthält in zwei Abschnitte: Bezirksverwaltungen und Zentralverwaltung, von denen der erste Abschnitt 14 und der zweite 8 Kapitel umfaßt. Daß der Etat von dem doppelten Gesichtspunkt getragen werden mußte, einmal die Einnahmen nach Möglichkeit zu steigern und dann die Ausgaben auf das unbedingt Notwendige herabzusetzen, verhand sich bei der prekären Finanzlage der Einheitsgemeinde von selbst.

Trotzdem sind die Endzahlen infolge des erweiterten Stadtkreises erheblich gewachsen. Der neue Etat ist in die siebente Milliarde hineingewachsen. Er zeigt in Ausgabe und Einnahme die ungeheure Summe von 6102654700 Mark. Da der Etat einerseits bis zum 30. Juni durch die Aufsichtsbehörde genehmigt werden muß und da andererseits die zur Deckung des Bedarfs erforderlichen Steuern zum Teil erst noch durchberaten und bewilligt werden müssen, so sieht sich die Stadtverordnetenversammlung vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt.

Goldankauf durch die Reichsbank. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt von heute ab bis zum 19. Juni zum Preise von 280 Mark für ein Zwanzigmarkstück und 140 Mark für ein Zehnmarkstück. Die Reichsbank zahlt ferner für 1 Kilogramm Feingold 40 000 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Mysteriöser Doppelselbstmordversuch im Grunewald. In der Nähe des Restaurants Moorlake im Grunewald wurden gestern zwei Damen bewußtlos aufgefunden. Bei einer der Damen fand man Papiere auf den Namen Freifrau Mariav. König, die in der Studentauchstraße in Schöneberg wohnte. Die andere Dame scheint die Mutter der Freifrau zu sein. Beide hatten sich mit einem noch nicht festgestellten Gifte ums Leben bringen wollen. Sie wurden im hilflosen Zustande nach einem Krankenhause geschafft. Der Beweggrund zu der Tat ist noch völlig in Dunkel gehüllt.

Automobilunfall des Prinzen von Ratibor. Aus Linz wird gemeldet: In der Nähe der Ortschaft Enns überschlug sich während der Fahrt ein Automobil, an dessen Vorderrad eine Pneumatik geplatzt war. Die beiden Insassen, darunter der Prinz von Ratibor, wurden schwer verletzt.

Eisenbahnunglück bei Madrid.

14 Tote, zahlreiche Schwerverwundete.

Madrid, 12. Juni. (T. U.)

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nähe von Madrid ereignet. Ein Zug aus Toledo ist bei der Station Villaverde in der Nähe von Madrid mit einem Güterzuge zusammengestoßen, der nach Andalusien fuhr. Bis jetzt sind 14 Tote unter den Trümmern hervorgezogen worden. Die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. Zahlreiche Verwundete sind in Hilfszügen nach Madrid übergeführt worden. Unter den Toten befindet sich der frühere Abgeordnete Tergio Rovales, unter den Schwerverwundeten der bekannte spanische Schriftsteller Ortega Munilla.

Hindernisrenntag im Grunewald.

Stürze und Ueberraschungen.

A—dt. Junge und alte Steepler galoppierten und purzelten gestern auf dem weichen Grunewaldkurs zwischen Sonne und Regen und rissen in ihren Sturz Hunderttausende an Wettgeld mit. So war im Prüfungspreis, wo es sechzig Tausender zu gewinnen gab, Zarin nach Papierform nicht zu schlagen. Es war nur die Frage, ob die leichtfinnig springende Stute über die 3800 Meter lange Strecke kommen würde. Gegen Zarin traten gute Gegner an. Die leichteste Bürde trug Stall Hegis nützlicher Heribert. Der Hengst ging schnell an die Spitze und führte vor Landvogt, Zarin und Glatteis. Allerletzter war der Dickkopf Rosenritter hinter Marmolata. Im Bogen, der hinter den dritten Platz führt, steckte es Rosenritter nach alter Manier auf, er wollte den Sprung nicht nehmen. An der Wallhecke sprang Zarin so hastig, daß die Stute zu Fall kam, und über sie weg stürzte Landvogt, Heribert und Glatteis und der schnell Boden gutmachende Marmolata galoppierten dicht beieinander nach Hause. Marmolata suchte vergeblich mit Heribert aufzuschließen, der leicht gewann.

Auch der Metropolpreis, der die älteren Steepler zusammen brachte, wurde durch Zwischenfälle gestört. Elemer führte flott über die ersten Sprünge vor Elschen und Harlekin. Am zweiten Hindernis fielen Hunding und Sonntagsmädel. Harlekin ging hier in Front, machte aber am nächsten Sprung einen so schweren Rumpler, daß er an den Schluß des achtköpfigen Rudels zurückfiel. Elemer führte jetzt vor Elschen und Lucifer über den Wassergraben. Harlekin, der mehrere Längen zurücklag, stieß an der Biegung am dritten Platz vor und lag bald im Vordertreffen. Albani hatte einen schweren Fehler gemacht und war abgehängt. Roderich fiel. Lucifer, Elschen und Elemer schälten sich auf dem Nachhauseweg los. Am letzten Sprung waren Lucifer und Elemer auf gleicher Höhe; schon hatte Elemer den Hals in Front, als Lucifer noch einmal anzog und sehr sicher gewann. Harlekin wurde Vierter hinter Elschen. Der Sieger sollte eigentlich gar nicht hier, sondern im vorhergehenden Sternhürdenrennen starten, daher die Ueberraschung. Lucifer, der erst jüngst ein Flachrennen leicht gewonnen hat, wird sich zu einem Steepler von Klasse herausmachen.

Alle Nasenlang ging ein Pferd kopflahm. Im zweiten Rennen, wo nur vier Pferde liefen, warf die favorisierte Mara, schiefspringend, am letzten Hindernis ihren Reiter ab, und Tetta tat desgleichen. Mara wurde für das dritte Geld nachgeritten. Im Preis von Golm siegte Rote und — fiel, denn die Stute kollidierte beim Ausreiten mit einem der anderen Pferde. Da sie schnell eingefangen wurde, hatten die Wetter keine Angst auszustehen.

Verkaufs-Hürdenrennen. 22 000 Mark. 3800 Meter. 1. Stall Werner und Th. C. Hyb' Signorelli (Ulrich). 2. Narr (F. Kuhnke). 3. Robert (Knospe). Tot.: 30 : 10. Pl.: 17, 16 : 10. Ferner liefen: Major Roh, Jodler, Poesie. Leicht, 5—5—4 Lg. — Fichtsch-Jagdrennen. 22 000 Mark. 3500 Meter. 1. H. Stahls Orlog (Fiche v. Berchem). 2. Bewerinz (v. Falkenhausen). 3. Mara (Blumarck) (ausgehr. u. nachgeritt.). Tot.: 36 : 10. Pl.: 21, 24 : 10. Ferner liefen: Tetta (gef.), Leicht, 4 Lg. — Welle. — Prüfungspreis. Ehrenpreis und 60 000 Mark. 3800 Meter. 1. Stall Hegis Heribert (P. Lewisch). 2. Marmolata (F. Rath). 3. Glatteis (v. Berchem). Tot.: 81 : 10. Pl.: 32, 31 : 10. Ferner liefen: Rosenritter (ausgebr.), Zarin (gef.), Landvogt (gef.). Leicht, 3—3 Lg. — Stern-Hürdenrennen. 23 000 Mark. 3000 Meter. 1. C. v. Benningsens Rosmarie (Blumarck). 2. Spitzmeer (H. Scholz). 3. Meinolf (Steiger). Tot.: 32 : 10. Pl.: 19, 64 : 10. Ferner liefen: Libelle (4.), Huss, Geisterhunde. Leicht, 1—6 Lg. — Kopf. — Metropole-Preis. 25 000 Mark. 4000 Meter. 1. G. Reppins Lucifer (Dehe). 2. Elemer (Blumarck). 3. Elschen (v. Berchem). Tot.: 68 : 10. Pl.: 24, 18 : 10. Ferner liefen: Harlekin (4.), Hunding (ger.), Albani, Roderich (a.f.). Leicht, 1½—6—1¼ Lg. — Preis von Golm. 16 000 Mark. 3000 Meter. 1. G. Kubisch' Rote (J. Streit). 2. Kiefer (Wegener). 3. Elegos-lauf (Blumarck). Tot.: 73 : 10. Pl.: 28, 18 : 10. Ferner liefen: Perseus (4.), Wilderta (gef.), Marietta (ausgebr.). Leicht, 3—3—6 Lg. — Amazonen-Preis. 20 000 Mark. 4000 Meter. 1. Frau A. Alexanders Halali (v. Keller). 2. Steinberger (v. Berchem). 3. Tilly (Blumarck). Tot.: 163 : 10. Pl.: 84, 18, 26 : 10. Ferner liefen: Mustie (4.), Bordar, Stell (ausgebr.), Capitalist, Jagdschlag (gef.), Eichelklinig (ausgebr.). Leicht, 1—6 Lg.

Ehrenpreisausteilung: 1. Signorelli 30, Nam 19, Robert 148, Jodler 56, Major Roh 210, Poesie 115. — II. Orlog 38, Demetrius 62, Mara 44, Reine 18. — III. Heribert 81, Marmolata 65, Glatteis 84, Rosenritter 276, Zarin 14, Landvogt 65. — IV. Rosmarie 32, Springer 42, Reinfall 80, Fuß 33, Geisterstunde 42, Libelle 130. — V. Lucifer 69, Elemer 68, Elschen 128, Albani 20, Hunding 57, Harlekin 49, Roderich 42, Sonntagsmädel 122. — VI. Rote 78, Kiefer 20, Elegoslauf 45, Perseus 184, Marietta 61, Militärdia 20, VII. Hallit 103, Steinberger 48, Tilly 110, Sieka II 265, Capitalist 40, Jagdschlag 67, Eichelklinig 186, Bordar 178, Mustie 74. — Der Totalisatorumsatz betrug 3 516 670 Mark für Sieg und 1 857 140 Mark für Platz, zusammen 5 373 810 Mark.

Die Deutsche Fußballmeisterschaft.

Fußball-Club Nürnberg wieder deutscher Fußballmeister.

Dem vorjährigen deutschen Fußballmeister ist es auch diesmal gelungen, in dem gestrigen Entscheidungsspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft 1921, die er gegen den Berliner Meister, Vorwärts, zu verteidigen hatte, in Düsseldorf zu siegen. Das Spiel stand durchweg im Zeichen der Ueberlegenheit der Nürnberger. Vorwärts-Berlin enttäuschte. In der 11. Minute erzielte Popp nach Vorlage von Böe das erste Tor, in der 17. Minute war Träg erfolgreich, und 17 Minuten später schoß Träg abermals ein. Nach der Pause kam Vorwärts etwas mehr auf. In der 30. Minute nach Wiederbeginn fiel durch Popp das vierte Tor, dem der gleiche Spieler drei Minuten vor Schluß das fünfte Tor für die Nürnberger anfügte, die mit 5 : 0 als Sieger den Platz verließen. Etwa 25 000 Zuschauer wohnten dem Kampfe bei, der von Schiedsrichter Dr. Bauwens-Köln geleitet wurde.

Der Bandenführer Hölz vor Gericht.

Sicherheitsmaßregeln in Moabit.

Der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den einst so gefürchteten Räuberhauptmann Max Hölz hat heute vor dem Sondergericht des Landgerichts I begonnen. Hinter der Barriere der Anklagebank des kleinen Schwurgerichtssaales im alten Kriminalgericht steht heute der Schrecken Mitteldeutschlands. Man ist enttäuscht, wenn man Hölz sieht. Er ist von mittlerer Größe, sein Gesicht ist nicht gerade ausdruckslos, aber besonders intelligente Züge verrät es nicht. Die schwarzen Stoppeln stehen ihm im Gesicht und geben ihm ein ungepflegtes Aussehen. Das Haar, das er sich, um nicht erkannt zu werden, kurz vor seiner Verhaftung hatte schneiden lassen, ist erst wieder spärlich gewachsen. Hölz ist eine verblüffende, aber beharrliche und trotzige Natur und sein Blick kann einen gewissen fanatischen Charakterzug nicht verbergen. Man ist enttäuscht, wenn man Hölz sieht. Er ist von mittlerer Größe, sein Gesicht ist nicht gerade ausdruckslos, aber besonders intelligente Züge verrät es nicht. Die schwarzen Stoppeln stehen ihm im Gesicht und geben ihm ein ungepflegtes Aussehen. Das Haar, das er sich, um nicht erkannt zu werden, kurz vor seiner Verhaftung hatte schneiden lassen, ist erst wieder spärlich gewachsen. Hölz ist eine verblüffende, aber beharrliche und trotzige Natur und sein Blick kann einen gewissen fanatischen Charakterzug nicht verbergen. Man ist enttäuscht, wenn man Hölz sieht. Er ist von mittlerer Größe, sein Gesicht ist nicht gerade ausdruckslos, aber besonders intelligente Züge verrät es nicht. Die schwarzen Stoppeln stehen ihm im Gesicht und geben ihm ein ungepflegtes Aussehen. Das Haar, das er sich, um nicht erkannt zu werden, kurz vor seiner Verhaftung hatte schneiden lassen, ist erst wieder spärlich gewachsen. Hölz ist eine verblüffende, aber beharrliche und trotzige Natur und sein Blick kann einen gewissen fanatischen Charakterzug nicht verbergen. Man ist enttäuscht, wenn man Hölz sieht. Er ist von mittlerer Größe, sein Gesicht ist nicht gerade ausdruckslos, aber besonders intelligente Züge verrät es nicht. Die schwarzen Stoppeln stehen ihm im Gesicht und geben ihm ein ungepflegtes Aussehen. Das Haar, das er sich, um nicht erkannt zu werden, kurz vor seiner Verhaftung hatte schneiden lassen, ist erst wieder spärlich gewachsen. Hölz ist eine verblüffende, aber beharrliche und trotzige Natur und sein Blick kann einen gewissen fanatischen Charakterzug nicht verbergen. Er unterhält sich mit seinem Anwalt, ab und zu vergnügt lächelnd und das Publikum musternd. Er weiß, daß man ihn sorgsam „behütet" und wenn er die auf der Anklagebank, neben und hinter ihm und im ganzen Saal verstreut sitzenden Sicherheitssoldaten betrachtet, so mag ihn wohl innerlich eine gewisse Genugtuung erfüllen. Auch nie sind im Moabiter Kriminalgebäude so umfangreiche Absperrungsmaßnahmen getroffen worden. Das Gebäude gleicht einer kleinen Festung. Ueberall begegnet man Sicherheitsbeamten. Ein jeder muß bei Betreten des Gerichts sich einer scharfen Durchsuchung auf Waffen unterziehen. Diese strengen Sicherheitsmaßnahmen sind nicht ohne Grund getroffen worden. Durch Briefe und andere Ermittlungen war der Behörde bekannt geworden, daß Anhänger von Hölz vor Terrorakten gegen das Gerichtsgebäude nicht zurückschrecken würden.

Verhandlungsbericht.

Mit nur geringer Verspätung erscheint der Gerichtshof im Saal. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsrat Braun. Die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jäger vertreten, als Verteidiger des Hölz fungieren die Rechtsanwälte Justizrat Bikfor Fränkl, Justizrat Dr. Brosh und Heperich (Celle).

Die Anklage gegen Hölz lautet auf: Mord, versuchter Totschlag, Aufruhr, Landfriedensbruch (Rädelsführer), Hochverrat, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, Bildung bewaffneter Haufen, Freiheitsberaubung, Nötigung, Erpressung, räuberische Erpressung bzw. schwerer Raub, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, vorsätzliche Brandstiftung, vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransportes, Störung einer Telegraphenanlage u. a. Die Anklage sagt in ihrem allgemeinen Teil, daß die Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland von Hölz ganz nach militärischem Muster organisiert worden war. Selbst Leute, die der kommunistischen Bewegung fernstanden, wurden unter schwersten Drohungen gepreßt, in die „Rote Armee" einzutreten. Hölz teilte nun „seine" Armee in bewaffnete Radfahrerabteilungen, Sprengkolonnen, Maschinengewehrabteilungen, Bagagekolonnen usw. ein und gab, ganz wie im Kriege, auch eigene Heeresberichte heraus, die mit den Worten begannen: „Unsere Truppen besetzten gestern usw." Nebenbei unterhielt Hölz eine Art Beschaffungsamt, von dem die zum Unterhalt seiner Banden nötigen Geldmittel durch gewaltsame Beschlagnahmungen, das heißt, Räubereien und Erpressungen an öffentlichen Geldern „beschafft" wurden. Besonders schwere Verbrechen stellen die von Hölz und seinen „Soldaten" verübten Erpressungen dar, bei denen es auch zu einem von Hölz verübten Mord an dem Gutsbesitzer Heß in Rietzschenhagen kam, den der Anklagte, als Heß flüchtete, von hinten niedergeschossen haben soll. Die die Anklage ferner behauptet, soll Hölz zu einem Zeugen, von dem er unter Todesdrohungen 500 000 Mark erpressen wollte, geäußert haben: „Was meinen Sie, ich bin doch kein Mensch, ich bin doch ein Vieh! Blut will ich sehen, abschlachten lasse ich sie, wenn Sie nicht zahlen!" Vielfach wurden angesehene Leute als Geisseln fortgeschleppt.

Zu der heutigen Verhandlung sind als Sachverständige geladen: Medizinalrat Dr. Störmer, Professor Schulz (Halle), Kreisarzt Hillenberg und die Gefängnisärzte Dr. Hirsch und Dr. Bürger. Die Verlesung der Anklage nimmt allein sieben Minuten in Anspruch.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Vorsitzender: Sie sind am 14. Oktober 1889 geboren. Angeklagter Hölz: Ehe ich die an mich gerichteten Fragen beantworte, möchte ich hier folgende Erklärung abgeben: In der Voruntersuchung habe ich prinzipiell jede Aussage verweigert. Wenn ich heute hier auf bestimmte Dinge antworte, so tue ich dies nur, weil ich mich nicht als Angeklagter, sondern als Kläger fühle und zwar als Kläger gegen die bürgerliche Gesellschaft, als deren Vertreter Sie hier sitzen. Wenn Sie mich heute hierher bringen konnten, so liegt dies lediglich daran, daß Sie heute noch die Macht haben. Die Macht ist aber nicht das Recht.

Bei der Befragung über seine Personalien verweigert der Angeklagte die Aussage über seine Frau und seinen Vater. — Vors.: Wie sind Sie zu Ihrer Aktion gekommen? — Angekl.: Ich hörte in Berlin, wo ich mich am 21. März aufhielt, daß der General proklamiert sei. — Vors.: Wohin haben Sie sich von Berlin gegeben? — Angekl.: Nach Mitteldeutschland, wo ich mich sofort zu vereinigen hatte. — Vors.: An welchen Ort? — Angekl.: Das verweigere ich die Aussage. — Vors.: Ihre Taten haben angefangen in Klostermansfeld. Stimmt das? — Angekl.: Das stimmt nicht. — Vors.: Was haben Sie nun getan, nachdem Sie die Verfügung gestellt hatten? — Angekl.: Zunächst habe ich die Versammlungen gesprochen. Im übrigen verweigere ich darüber die Aussage. — Der Vorsitzende verliest einen längeren

Aufruf

der vom Angeklagten verfaßt ist. In diesem heißt es u. a.: „Bewaffnet die Bürger, die Polizei, die Sipo und die Reichswehr! Verhaftung gestellt hatten? — Angekl.: Zunächst habe ich die Versammlungen gesprochen. Im übrigen verweigere ich darüber die Aussage. — Der Vorsitzende verliest einen längeren

Aufruf

der vom Angeklagten verfaßt ist. In diesem heißt es u. a.: „Bewaffnet die Bürger, die Polizei, die Sipo und die Reichswehr! Schlagnahmt alle erreichbaren Gelder, sprengt die Schienen, die Brücken, die Gefängnisse! Schlachtet die Bourgeoisie ab ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts, sprengt die Schlösser, Paläste, Wohnungen!" — Vors.: Sie sprechen in der Proklamation von Streikrecht, welches die Proletarier gebrauchen sollen. Was verstehen Sie darunter? — Angekl.: Die Diktatur des Proletariats. — Der Vorsitzende verliest dann einen anderen Aufruf, in dem Niederschießen der Sipo, Anzünden der ganzen Stadt, Lieferung aller Waffen an die „militärische Oberleitung" befohlen ist? — Vors.: Wer ist mit der militärischen Oberleitung gemeint? — Angekl.: Darüber verweigere ich die Aussage. — Vors.: Unter einer Proklamation steht: „Die militärische Oberleitung Max Hölz". Dann haben Sie auch einen „An die Braunschweiger Genossen!" einen Aufruf erlassen, mit den Worten: „An die Arbeiter und Genossen Braunschweigs beginnt und mit den Worten schließt: „Sieg oder Untergang!" Ihre militärische Oberleitung Max Hölz."

Angekl.: Im allgemeinen bekenne ich mich zu diesen Aufrufen, die meine Unterschrift tragen. Im speziellen kann ich sagen, daß wenn dort von Abschlachtung oder Tötung von Menschen gesprochen worden ist, dies nicht ernst gemeint war, nur bildlich gemeint war, nicht die Absicht, sie in die Tat umzusetzen. Es sollte Bürgerschaft eingeschüchtert werden. Wir waren damals hier, daß es sich nicht um den Endkampf des Proletariats handelte, sondern nur um Vorpostengefechte handelte. Tatsächlich haben wir ja auch das, was wir wollten, durch diese Drohungen erreicht.

Vors.: Sie sagen, Sie haben die Drohungen nicht ernst gemeint. Nun sind doch aber ein Mord oder Mordversuche geschehen. Sie haben doch, wie Zeugen sagen, auf den Kaufmann Hildebrandt in Berlin, als er in Gisleben am Fenster stand, vier Schüsse abgegeben, denen ihn einer in den Oberarm traf. Sie sollen doch ferner Gutsbesitzer Heß von hinten erschossen haben? Angekl.: Das habe ich bestritten, und es wird ja so viel behauptet. Vors.: Sie sollen auf die Kinder des Zeugen Meyer geschossen haben, allerdings ohne zu treffen. Angekl.: Das wird sich ja alles herausstellen. Ob Sie haben aber doch verschiedentlich Gewalt größter Art angewendet? — Angekl.: Ich nenne das nicht Gewalt. Es ist wie wir haben requiriert, das heißt, der Bourgeoisie Geld genommen. Das ist aber nicht geplündert. In jener Zeit war der Niederwerfung des Proletariats nach Lage der Dinge nicht Rede. Wir hatten die absolute Herrschaft und Gewalt, wir mißbrauchten sie nicht, sondern benutzten sie, um den Gedanken der Herrschaft des Proletariats auszubauen und zu kräftigen. Jawohl, ich war als Husar eingezogen und wurde im Vorteil waren. Dann aber wurde uns gemeldet, daß die Tage der „Roten Armee" sehr verschlechtert habe, und daß gegen uns Truppen von Norden, Süden und Osten im Anrücken seien. Bis dahin war es nirgends zu Blutvergießen gekommen. Mit Ausnahme eines einzigen Mannes, der bei der Einnahme von Mansfeld getötet worden war. Ich ließ deshalb bekanntmachen, daß wir, wenn die Reichswehr ihren Vormarsch nicht einstellen würde, gezwungen wären, die Bourgeoisie ohne Unterschied abzuschlachten, und wenn wir schon aus Leben gehen müßten, so wollten wir wenigstens einen Teil der Bourgeoisie mitnehmen.

Vors.: Wir haben hier einen mit roter Tinte geschriebenen Zettel folgenden Inhalts: „Wenn die Sipo in 5 Minuten die Waffen nicht abgibt, darf sie unbesinnt abziehen, anderenfalls geht die ganze Stadt in Trümmer. Max Hölz." Angekl.: Dieser Zettel besagt sich auf Hettstedt. Als ich diesen Zettel schrieb, hatten die Sprengungen des Bahnhofs- und anderer Gebäude schon längst stattgefunden. Ich schicke mit dem Zettel eine bürgerliche Frau, die die Sprengungen schon völlig verängstigt war, zu der Sipo und Bourgeoisie um zu erreichen, daß diese noch mehr eingeschüchtert werde und nichts gegen uns unternimmt. Tatsächlich wurde auch dann nichts gegen uns unternommen und wir konnten nach einer Stunde abrücken. Vors.: Ich habe hier ferner einen „Befehl den Attinsrat." Es heißt darin: „Es sind sofort alle wehrkundigen Männer durch Musterung und Aushebung zusammenzuziehen, insbesondere Mg.-Schützen. Die Aktionsräte müssen sofort Macht an sich reißen und mit Waffengewalt verteidigen usw. Max Hölz, militärische Oberleitung." Vors.: Waren Sie Soldat? Angekl.: Jawohl, ich war als Husar eingezogen und wurde im Felde Meldereiter bei einer Infanteriebrigade. Bei Amiens wurde ich durch Artilleriefeuer verschüttet. Vors.: Haben Sie durch Verschüttung Folgen nervöser Art gehabt? Angekl.: Zuerst nicht. Ich bin erst später ins Lazarett gekommen und dann als „D." entlassen.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten dann mehrere sogenannte Requisitionsscheine, unter anderem über 500 Zigaretten, 1500 Zigarren, Pfefferminzbonbons, vor, und weist ihn im Anschluß hieran darauf hin, daß im Gefängnis ein gewisser Berafchini erklärt habe, Hölz sei gar nicht der Hauptmacher in der ganzen Sache, sondern ein gewisser Kruse.

Es folgen die Gutachten der medizinischen Sachverständige

Die Kieler Woche.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

K. Kiel, 18. Juni.

Die Kieler Woche wurde gestern mit der Wettfahrt der Kieler Segelvereinigung eröffnet und brachte sofort das, was sich alle von der Seesegelei wünschten, Wind. Bei einem Durchschnitt von 8 Metern war der Nordwest in den Böen so stark, daß die kleineren Sturmbahnen gewählt wurden. Trotzdem gab es in den kleineren Klassen eine Reihe gekenterter oder vollgelaufener Jollen, in den größeren Klassen Mastbrüche, wie auf Maribo oder auf der neuen Prinzen Heinrich gestewerten Aeolo, auf der der Großbaum brach, was den Prinzen zum Aufgeben zwang. Verschiedene Segler machten mit der See engere Bekanntschaft, doch ging alles ohne Menschenverlust ab. Das Gesamtbild war unter Abstrich der Marinewettfahrten überraschender Weise als gute Seebootsregatta bewährten. Die Schonerklassen fast wie vor dem Kriege. Der Kiel-Korsör-Dampfer „Prinz Sigismund" war für die Begleitung gecharterd. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Vierziger, die sich bei dem Wetter überraschender Weise als gute Seeboote bewährten. Die „Hamburg" segelte sich bald nach dem Start frei und zog das Feld ständig weiter auseinander mit der Hamburger Jhandra am Heck und den Berliner Jachten „Baldur", „Wenna" und „Seeteufel" auf den nächsten Plätzen. Auf der raumen Schlußstrecke des 84½ Seemeilen langen Kurses lief dann „Baldur" auf den zweiten Platz.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Scholz-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Kuttner-Tegel; für den Anzeigenteil: Fritz Engelhöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pick-Charlottenburg; für die Zuschriften: Heinrich Berau-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.
Hierzu 1 Beiblatt.

Abend-Ausgabe
Montag, den 13. Juni 1921

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Nr. 273 · Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Die Wirkungen der Rheinzollinie.

Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hat an den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz eine Eingabe gerichtet, worin es u. a. heisst: In den Kreisen der Industrie des besetzten Gebiets war damit gerechnet worden, dass im Anschluss an die Inkraftsetzung des Ultimatums die von den Alliierten eingeführten Ausfuhrsanktionen, insbesondere auch die Rheinzollinie und das Genehmigungsverfahren, sofort aufgehoben werden würden. Die Industrie des besetzten Gebietes sieht sich jedoch bitter enttäuscht. Täglich gehen dem unterzeichneten Industrieausschuss aus allen Gewerbezweigen und aus allen Gebieten des Rheinlandes die lebhaftesten Klagen über das Bestehen des Rheinzolles zu.

Die fortwährenden, mit der Errichtung der Zwischenzollgrenze zusammenhängenden Stockungen des Verkehrs, die durch das Genehmigungsverfahren und die Verzollungen herbeigeführten Verzögerungen in den Versänden haben zu gewaltigen Absatzstockungen geführt. So hat zum Beispiel eine der grössten Firmen aus der Kölner Maschinenindustrie mitgeteilt, dass der Fakturenwert des Versands im Monat Mai gegenüber dem des April d. J. um 30 bis 40 pCt. zurückgegangen ist. Eine andere chemische Industrie bestätigt auch für diesen Industriezweig die gleiche Erscheinung, indem sie betont, dass der Versand von Gütern nach dem unbesetzten Gebiet „wochenlang unmöglich gewesen sei". Ferner wird uns aus der Textilindustrie berichtet: „Seit Inkrafttreten der Rheinzollinie ist der Absatz unserer Fabrikate nach dem rechtsrheinischen Deutschland fast völlig unterbunden." Endlich schreibt man uns aus dem Bezirk, dass dort viele Firmen infolge der Rheinzollinie zum Bestehen überhaupt noch keinen Versand nach dem besetzten Gebiet gehabt hätten.

In der Hoffnung auf eine baldige Aufhebung der „Sanktionen" haben die Firmen sich bisher im allgemeinen nicht zu Betriebseinstellungen entschlossen, sondern versucht, auf Lager zu arbeiten, um die Waren später zum Versand bringen zu können. Je länger die „Sanktionen" dauern, desto unmöglicher wird die Vorratsarbeit werden. Der Lähmungsprozess, der mit den „Sanktionen" im rheinischen Wirtschaftsleben begonnen hat, wird rasch fortschreiten, wird noch dadurch beschleunigt, dass zu der Stockung des Absatzes die noch verhängnisvollere Stockung der Aufträge tritt. Die Errichtung der Rheinzollinie hat schon jetzt zu Entlassungen in der Industrie des besetzten Gebiets geführt, die bei Aufhebung der Verordnungen 81 und 82 noch lange fühlbar bleiben werden. Mit jedem Tag, den die Zollgrenze weiterbesteht, verschärft sich ganz naturgemäss diese verhängnisvolle Wirkung der „Sanktionen" und bedroht zu einer dauernden Erschwerung der Wettbewerbsfähigkeit der rheinischen Industrie zu werden. Nicht zuletzt wirkt die Zollinie auch in erheblichem Umfange auf den Aussenhandel. Viele Beispiele zeigen nach einem uns aus Düsseldorf zugegangenen Bericht, dass man im Ausland zum Teil bereits dazu übergegangen ist, die Firmen des besetzten Gebiets seien durch das Genehmigungsverfahren in der Ausführung ihrer Lieferungen beschränkter als die Werke im unbesetzten Deutschland. Manche ausländische Firma zieht deshalb vor, ihre Bestellung im unbesetzten Gebiet zu machen.

Auch nach der anderen Seite der Gestehungskosten und Preise ist die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie des besetzten Gebiets infolge der „Sanktionen" erschwert. Die Not um Arbeit, die auf das allgemeinen Wirtschaftskrisis ohnehin vorhanden ist, und nach dem Inkrafttreten der Sanktionen bei der Industrie des besetzten Gebietes noch durch die Verordnungen 81 und 82 erheblich verstärkt wurde, zwingt in den weitesten Industriezweigen dazu, dass die Industrie des besetzten Gebiets den Ausgangszoll nach dem unbesetzten Deutschland zu übernehmen hat, ebenso aber auch unmittelbar bei der Sorge um die Rohstoffe den Nachteil zu dem besetzte Gebiet trägt. In mancher Industrie kommt das Auslandsgeschäft eine weitere Belastung gegenüber der Industrie des unbesetzten Gebietes da hinzu, wo seit Errichtung der Rheinzollinie Ausfuhrabgaben von den deutschen ausländischen Werken gefordert worden sind, im besetzten Gebiet aber noch die alten Sätze gelten werden.

Die Sorge um die weitere Beschäftigung der Arbeiterschaft wird immer dringender. Täglich gehen Berichte darüber, Feierschichten einzulegen. So heisst es z. B. in einem Bericht über die Lage der Aachener Industrie, dass sie fast ausnahmslos" Kurzarbeit eingerichtet werden musste und zur Höhe von zwei bis drei Feierschichten in der Woche. In einem Metallbetrieb mussten vom 10. bis 21. Mai gegenüber im sonst durchgehenden Betrieb 29 Feierschichten eingelegt werden. Zum Teil musste auch bereits zu Entlassungen geschritten werden. Aus dem Enskirchener Bezirk wird uns die schreckende Ziffer von 50 pCt. gemeldet; im Jülicher Bezirk wurden nach einem Bericht 25 bis 30 pCt. der Arbeiter entlassen. Auch da, wo Arbeiterentlassungen bisher nicht stattgefunden haben, wird mit der weiteren Dauer der „Sanktionen" deren Wirkung auch nach dieser Richtung hin nicht ausbleiben können.

*** Der Rückgang des Markkurses in New-York.** Nach der Annahme des Ententeultimatums durch die deutsche Regierung war der Markkurs in New-York, der vorher bis auf 1,47 zurückgegangen war, allmählich bis auf etwa 1,70 und vorübergehend sogar darüber hinaus gestiegen. Diese Kursbesserung war ebenso wie der vorherige Rückgang zweifellos spekulativer Art gewesen. Die Hoffnung, dass nach der Annahme des Ultimatums durch Deutschland die politische und wirtschaftliche Spannung sich mildern und der durch die Sanktionen gestörte Handelsverkehr Deutschlands wieder allmählich in normale Bahnen einlenken werde, veranlasste gewisse ausländische Kreise zu Meinungskäufen in deutscher Valuta. Nach kurzer Zeit hat sich aber die Kursentwicklung wieder erheblich geändert. Der Markkurs in New-York kam vorübergehend ins Weichen und hat am Sonnabend einen niedrigsten Stand von 1,41 und einen Schlusskurs von 1,42 erreicht. Die Erklärung für diese Bewegung liegt zweifellos nicht auf spekulativem Gebiete, sondern es ist darin zu suchen, dass zur Durchführung der ersten an die Entente zu zahlenden Raten auf die vorerst zu entrichtende Milliarde Goldmark von der deutschen Regierung Dollarkäufe in erheblichem Umfange vorgenommen werden mussten, und zwar stieg der Dollarkurs nicht nur gegenüber der deutschen Mark, sondern auch gegenüber den übrigen ausländischen Devisen, besonders den Ententevaluten, wenngleich nicht in demselben Umfange wie gegenüber der Mark, eine Entwicklung, die den Wünschen der amerikanischen Exportwirtschaft nicht keineswegs entsprechen dürfte, da sie die durch die Weltkrise sowieso stark beeinträchtigte amerikanische Ausfuhr noch weiter erschwert. Die Wirkungen, die die Durchführung der finanziellen Reparationsleistungen auf die deutsche Zahlungsbilanz ausübt, müssen sich demgemäss in ausserordentlich starker Weise auf die Valuta, und solange die deutsche Handelsbilanz noch nicht auf die Reparationszahlungen besser als jetzt eingestellt ist, dürfte dies kann nur durch eine Steigerung der Ausfuhr, Einschränkung der Einfuhr oder durch Einäumung länger befristeter Auslandskredite geschehen), muss natürlich unsere Valuta unter dem Druck der Reparationszahlungen stehen. Man könnte nun allerdings vermuten, dass der Einfluss der Beschaffung von Auslandsdevisen seitens Deutschlands durch spekulative Manipulationen verschärft wird, die sich im Auslande durch Markverkäufe, im Inlande durch das mit einem Steigen der ausländischen Wechselkurse häufig verbundene Hamstern von Devisen äussern könnten. Nach unseren Informationen scheint aber die Baissespekulation in deutscher Mark zurzeit nicht besonders tätig zu sein, und auch in Deutschland sind Hamsterkäufe in Auslandsdevisen von nennenswertem Umfange nicht beobachtet worden. Der jetzige Niedergang des Markkurses hängt vielmehr fast ganz allein mit den Reparationszahlungen zusammen, und um die deutsche Valuta von diesem Drucke zu befreien, erscheint es notwendig, sobald wie möglich die erforderliche Umstellung der Handelsbilanz vorzunehmen und Vereinbarungen mit der Entente über die teilweise Erfüllung der Reparation durch Sachleistungen zu beschleunigen. Auch die Entente hat hieran ein Interesse, denn die Verschärfung des deutschen Valutadumpings kann ihr keineswegs erwünscht sein.

* * *

*** Der neuerliche Kurssturz der Mark** hatte eine weitere Befestigung der ausländischen Zahlungsmittel schon im Vormittagsverkehr zur Folge, die sich dann im Verlaufe der Börse noch fortsetzte. Die Geschäftstätigkeit am Devisenmarkt war äusserst lebhaft, es kam zu grösseren Umsätzen. Es wurden folgende Notenkurse genannt: Holland 2318, Amerika 70½—71¼, London 264½, Paris 556, Schweiz 1180.

*** Wiedermm Zunahme des Banknotenumlaufs.** Wie der vorliegende Ausweis der Reichsbank vom 7. Juni erkennen lässt, haben die Anlagekonten der Bank nach Abwicklung der Ultimoansprüche in der ersten Juniwoche eine Entlastung erfahren. Die gesamte Kapitalanlage ist von 65 038,5 Mill. M. um 2577,6 auf 62 460,9 Mill. M. zurückgegangen, die Bestände an Wechseln, Schecks und diskontierten Reichsschatzanweisungen allein haben um 2592 auf 62 171,5 Mill. M. abgenommen. Auf de rauderen Seite ist den Konten der fremden Gelder ein die Abnahme der Anlagekonten erheblich übersteigender Betrag entzogen worden, sie haben sich um 4426,8 Mill. M. auf 9666,9 Mill. M. vermindert. Die starke Verminderung der fremden Gelder steht ausserdem mit der erwähnten Bewegung der Anlagekonten im wesentlichen mit der weiteren Zunahme des Zahlungsmittelumlaufs sowie mit der fortgesetzten Rückzahlung namhafter Darlehnsbeträge bei den Darlehnskassen im Zusammenhang. Der Umlauf an Banknoten ist in der Berichtswoche um 306,5 Mill. M. auf 72 145,3 Mill. M. gestiegen. An Darlehnskassenscheinen sind in der gleichen Zeit 87,1 Mill. M. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, so dass deren Umlauf sich am 7. Juni auf 8895,8 Mill .M. stellte. Banknoten und Darlehnskassenscheine zusammen zeigen also eine Umlaufsteigerung um 259,4 Mill. M. gegenüber 168,3 Mill. M. bzw. 635,3 Mill. M. in der Vergleichswoche der Jahre 1919und 1920. Die Darlehnsbestände bei den Darlehnskassen haben in der ersten Juniwoche um 1077,8 Mill. M. auf 22 380,3 Mill. M. abgenommen.

*** Der Deutsche Kupferblechverband** erhöhte am 10. Juni die Verkaufspreise um 120 auf 2640 M. pro D.-Ztr

*** Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten** hielt kürzlich seine 30. ordentliche Generalversammlung unter der Leitung seines Vorsitzenden, des Kommerzienrats Eugen Wallerstein (Offenbach a. M.) ab. Die Versammlung protestierte dagegen, dass trotz der erfolgten Annahme des Ultimatums die Sanktionen noch immer nicht aufgehoben seien. Weiter wurde mitgeteilt, dass die Verbandsleitung mit Erfolg Einspruch erhoben habe gegen die geplante Verwendung von Mitteln aus der Konjunkturgewinnabgabe der Leder- und Schuhindustrie zur Uebernahme der Anteile der notleidend gewordenen Altlederverwertungsstelle G. m. b. H. Die Mittel aus der Konjunkturzewinnabgabe müssten restlos zur Beschaffung billigen Schuhwerks für die minderbemittelte Bevölkerung Verwendung finden. Ferner lehnte die Versammlung es ab, sich der Bewegung anzuschliessen, die eine Aufhebung der Luxussteuer anstrebt. Festgestellt wurde, dass im letzten Jahre die Schuhpreise um 50 pCt. abgebaut worden sind und trotz neuer Aufwärtsbewegung der Preise des Rohwarenmarktes im vergangenen Herbst keine Erhöhung der Schuhpreise stattgefunden hat. Unter allen Umständen könne jetzt zunächst kein weiterer Abbau der Preise erfolgen. Die Beschäftigung der Schuhindustrie wurde als eine befriedigende bezeichnet. Bei den Vorstandswahlen wurde Kommerzienrat Wallerstein zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Zum Geschäftsführer der wirtschaftspolitischen Abteilung der Geschäftsstelle des Verbandes wurde Rechtsanwalt Blasse, der bisherige Leiter der Reichsiedlerstelle, berufen. Diese Abteilung der Geschäftsstelle soll von Frankfurt a. M. nach Berlin verlegt werden, während der Sitz des Verbandes mit der sozialpolitischen Abteilung seiner Geschäftsstelle in Frankfurt a. M. verbleibt.

*** Voreutschädigung der Neu-Guinea-Compagnie.** Die Neu-Guinea-Compagnie gibt bekannt: Die Unternehmungen der Neu-Guinea-Compagnie in unserem ehemaligen Schutzgebiete Deutsch-Guinea unterliegen seit dem 1. September 1920 auf Grund des Versailler Vertrages der zwangsweisen Enteignung. In welcher Weise der Bundesstaat von Australien als Mandatarmacht über die Kolonie schliesslich die ausgedehnten Besitzungen der Compagnie zu verwerten gedenkt, ist noch nicht bekannt geworden. Der Gesellschaft wurde jetzt durch die zuständige Spruchkommission eine Vorentschädigung von 10½ Mill. M. zugebilligt. Der Betrag wird teils in bar, teils in Schatzwechseln zur Zahlung gelangen. In Ausführung der Beschlüsse der ausserordentlichen Generalversammlung vom 16. November 1920 ist die Gesellschaft mit dem Wiederaufbau ihres Unternehmens in Südamerika beschäftigt.

*** Zur Frage des Spiritusmonopols im besetzten Gebiet** haben die linksrheinischen Interessenten folgende Resolution gefasst. Die Vertreter der Spritindustrie und Spiritus verbrauchenden Industrien des ganzen besetzen Gebietes erheben nachdrücklich Einspruch gegen die in der Presse gegen das Gewerbe erhobenen Beschuldigungen und erklären, dass es weder Wunsch noch Schuld des rheinischen Gewerbes ist, wenn das Rheinland mit ausländischem Sprit überschwemmt und das deutsche Branntweinmonopol im besetzten Gebiet durch eine Verletzung der interalliierten Rheinlandkommission ernstes wird. Die Schuld trifft in erster Linie die Entente, die unter Verletzung des Friedensvertrages so schwere Eingriffe in das rheinische Wirtschaftsleben vornimmt, in zweiter Linie aber die Reichsregierung, die aus politischen Gründen die von der Rheinlandkommission wiederholt gewünschten Verhandlungen entgegen den dringend gelend gemachten Wünschen des Gewerbes und des Wirtschaftsausschusses des besetzten Gebietes abgelehnt hat. Die Reichsregierung zwingt dadurch das Gewerbe. dem Wunsche der Rheinlandkommission auf Verhandlungen über die Ordnung der Dinge zu entsprechen, wenn nicht völlige Verwirrung und noch schwererer Schaden entstehen soll. Die letzte Verantwortung für die dem Deutschen Reiche und dem besetzten Gebiete entstehenden Schäden trägt daher nun die Reichsregierung, die unter schärfster Verwahrung gegen den Eingriff der Entente doch den Versuch einer Verständigung nicht ablehnen durfte, zumal die Rheinlandkommission nur über die Handhabung des Monopols verhandeln wollte, aber die Hoheitsrechte des Reichsmonopols anerkennen bereit war. Noch in letzter Stunde richtet das Gewerbe daher noch einmal den Ruf an die Reichsregierung, dem Wunsche der Rheinlandkommission zu folgen.

*** Phönix Akt.-Ges. für Braunkohlenverwertung** in Berlin. Im Geschäftsjahr 1920/21 stieg der Betriebsgewinn von 4 403 950 M. auf 7 711 327 M., entsprechend haben sich die Unkosten von 1 765 291 M. auf 3 965 687 M erhöht. Nach Absetzung der Steuern, Zinsen und Abschreibungen verbleibt ein Ueberschuss von 1 606 867 Mark (i. V. 765 179 M.). Die Verwaltung schlägt vor, 15 pCt (8) Dividende zur Ausschüttung gelangen zu lassen. Die Brikettproduktion betrug im Berichtsjahre 825 000 To. gegen 381 000 To. im Vorjahre. Wie bereits mitgeteilt, beantragt die Verwaltung ferner, das Aktienkapital von 8,5 Mill. M. auf 25 Mill. M. durch Ausgabe von 8½ Mill. M. Stammaktien und 8 Mill. M. 6proz. Vorzugsaktien zu erhöhen. In der Bilanz erscheinen u. a. Bankguthaben und Aussenstände mit 15 148 766 Mark (i. V. 7 154 066) und Gläubiger mit 8 929 821 M. (3 297 425).

*** Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther,** Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Auftragsbestand auch wie vor ein guter und auch der Geschäftsgange zufriedenstellend, so dass wieder ein zufriedenstellendes Resultat erwartet werden darf (i. V. 20 pCt.).

*** Gebrüder Junghans Akt.-Ges.,** Schramberg. In der ausserordentlichen Generalversammlung wurde gegen eine kleine Minorität das Grundkapital um 26 Mill. M. zu erhöhen durch Ausgabe von 16 000 neuen Stammaktien und 10 000 neuen Vorzugsaktien Lit. A. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien Lit. B wurde von 3 auf 5 Stimmen erhöht.

*** Württembergische Vereinsbank in Stuttgart.** Das Unternehmen, dessen wichtigste Abschlussziffern wir bereits mitteteilt haben, und das eine Dividende von 8 pCt. (7) in Vorschlag bringt, erzielte im Geschäftsjahr 1920 einen Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches von 44.309 Mill. M. (i. V. 24.323), darunter auf Konto laufende Rechnungen 23,102 Mill. M. (11.755), auf Wechselkonto 6.051 Mill. M. (3.647) und auf Wertpapierkonto 349.233 Mill. M. (245.674). Im Geschäftsbericht heisst es u. a.: Die Preisschwankungen bei einer Reihe von wichtigen Rohstoffen waren derart heftig und unerwartet, dass eine sichere Grundlage für die Kreditgabe der Banken an die betreffenden Industrien oft nur schwer gefunden werden konnte. Der Umsatz in Wertpapieren, die Kapitalvermehrungen zu denen sich die Industrie infolge der Geldentwertung genötigt sah und nicht zuletzt die Devisengeschäfte erreichten dem Betrag nach eine noch nie zuvor gekannte Höhe. Die Beanspruchung des Bankkredits erfuhr eine wesentliche Steigerung, und gleichzeitig wuchsen die den Banken überlassenen Gelder ständig an. Aus allen diesen Umständen ergaben sich hohe Gewinne, denen allerdings eine ausserordentliche Vermehrung der Betriebskosten gegenüberstand. Auch war es im Interesse der Sicherung der Bankbetriebe gegen die zu erwartenden Rückschläge und die in den erhöhten Krediten liegenden Risiken geboten, starke Rücklagen zu bilden, die nur durch Erhöhung der Zins- und Gebühreneinnahmen zu gewinnen waren. Denn nur dann ist es den Banken möglich, den Kreditanforderungen zu entsprechen, wenn die Zins- und Provisionssätze die Verwendung eines erheblichen Teils der betreffenden Einnahmen zu Risikoprämien gestatten.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 13. bis 19. d. M. zum Preise von 280 M. für ein Zwanzigmarkstück und 140 M. für ein Zehnmarkstück. Die Reichsbank zahlt ferner für 1 kg Feingold 40 000 M. und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Kanadische Massnahmen gegen die deutsche Einfuhr. Wie gemeldet wird, hat das kanadische Parlament die von der Regierung vorgeschlagene Antidumpingmassregel genehmigt. Danach wird die Festsetzung des für die Verzollung der eingeführten Waren massgebenden Wertes unter Berücksichtigung des normalen Wertes und der Produktionskosten, zuzüglich eines angemessenen Gewinnes, erfolgen. Wie das geschehen soll, darüber fehlen noch die näheren Nachrichten. Ausserdem ist als Zusatz zum Zollgesetz eine Valutaklausel angenommen worden, nach der bei der Verzollung jede 50 v. H. übersteigende Geldentwertung ausser acht bleiben soll. Wenn also bis zum Kriege die Mark für die Zwecke der Zollbehörde zu 24 Cts. gerechnet wurde, dann soll sie jetzt mit 12 Cts. in Ansatz gebracht werden. Bei dem heutigen Stande der Mark zum kanadischen Dollar bedeutet das, dass bei allen von Deutschland einzuführenden zollpflichtigen Waren ungefähr der siebenfache Zollsatz erhoben wird. Es bedarf keiner Frage, dass es dadurch gänzlich unmöglich wird, noch irgendwelche zollpflichtigen Waren von Deutschland nach Kanada einzuführen. Die Exporteure, die noch Aufträge für Kanada haben, werden gut tun, diese erst auszuführen, nachdem sie sich die nötige Sicherheit verschafft haben, dass die Waren bei Ankunft abgenommen werden, und dass sie keinerlei dass Schwierigkeiten haben.

*** Eine grosse Kurssteigerung** erzielten an der heutigen Börse wieder die Aktien der Sarotti Akt.-Ges., und zwar stiegen sie um 220 pCt. auf 3620 pCt., nachdem sie bereits in den letzten Tagen einen Kurszewinn von über 100 pCt. verzeichnet hatten. Die Käufe erfolgten nach wie vor für Rechnung der schwedischen Gruppe.

Elektrizitätswerk Homburg v. d. H. Akt.-Ges.: Wieder 4 pCt.
Frankfurter Lokalbahn Akt.-Ges.: 8 pCt. (7).
Süddeutsche Revisions- und Treuhand Akt.-Ges. in Mannheim: 5 pCt. (0).
Continentale Handelsbank in Amsterdam: 6 pCt.
Papyrus Akt.-Ges. in Mannheim-Waldhof: Pachteinnahmen 133 230 M. (140 000), die zur Abschreibung verwandt werden. Die Zellstoffabrik Waldhof vergütet den Aktionären eine Dividende in gleicher Höhe (15 pCt. und 10 pCt. Bonus), wie sie die Zellstoffabrik Waldhof auf ihr Aktienkapital verteilt.

*** Berliner Produktenverkehr.** Die Tendenz des Produktenmarktes ist sichtlich von der Dollarhausse nicht unbeeinflusst. Gegenüber dem Stande am Freitag sind die Preise am Maismarkt besonders für Bezugsscheine in die Höhe gegangen, so dass vormittags für weisse bevorzugte Scheine bi 42½ M. bezahlt wurde, was aber mittags bis zur Niederschrift dieses Berichtes nicht mehr voll zu erreichen war. Auch die Forderungen für bahnstehende Ware und in den den nächsten Monaten zu liefernde Regierungsware, ebenso wie Mais per August-Dezember stellten sich etwas teurer. Für Hülsenfrüchte hat sich die Nachfrage, besonders in Futtererbsen erhalten, und das Material macht sich sehr knapp. In den anderen Futterhülsenfrüchten war das Interesse weiter erheblich, die Preislage nicht viel verändert. Für Raps haben die Preise in den letzten Tagen weiter angezogen. Zu den gestiegenen Forderungen schien heute jedoch die Kauflust vorsichtiger. Alles gutes Heu fest. Stroh ruhig.

*** Die Garnbörse zu Leipzig** war mässig besucht. Das Geschäft war ruhig. Die Preise bewegten sich je nach Qualität für amerikanische Webgarne Basis 20 zwischen 37—42 M. pro kg. für amerikanische Strumpfgarne Basis 20 zwischen 39—44 M. pro kg. Makko-Feingarne Basis 80 gekämmt notierten etwa 120 M. pro kg. Die nächste Garnbörse findet am 9. September 1921 statt.

*** Vierte Buttersteigerung** in Berlin. Es waren 440 Fässer Mecklenburger, Oldenburger, Schleswig-Holsteiner, pommersche, ost- und westpreussische, Altmärker und schlesische Molkereibutter angeführt. Es wurden davon 435 Fässer verkauft, fünf Fässer zurückgezogen. Der Höchstpreis, der bezahlt wurde, belief sich auf 19,50 M., der niedrigste auf 16,80 M. Der Durchschnittspreis für Butter erster Güte betrug 16,56 M. und für zweiter Güte 17,37 M. Die Beteiligung der Käufer war ziemlich lebhaft, weil bei den etwas niedrigeren Verkaufspreisen der letzten Woche weitere Kreise der Bevölkerung Butter kaufen konnten. Die nächste Versteigerung findet Dienstag, 14. Juni, 12½ Uhr, statt. (Mitteilung des Deutschen Butterkaufleutenverbandes G. m. b. H.)

*** Die vierttägige Rauchwarenauktion** der Firma Gerhard & Hey (Leipzig) verlief ruhig. Von rohen Wildwaren waren Katzen besonders gesucht, Iltisse, Steinmarder, Mauswiesel bei unverändeten Preisen. Auch Ziegen und Zickel sogen kräftig an. Füchse, Marder, Iltisse und Kanin fanden willige Abnehmer. Verodelte Rauchwaren wurden bei weichenden Preisen vernachlässigt.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	13. Juni	10 Juni
Festsetzung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz:		
Elektrolytkupfer wire bars	2150	2079
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,8 pCt.	1800 1675	1625—1040
Originalhüttenweichblei	900.	835—890
Hüttenzinkblnk. Preis im privaten Verkehr	725 .35	710
Originalhüttenzinkmk ab Oberschlesischer Hütte	660	685
Remelted Plattenzink	425—440	425
Originalhüttenaluminium 98—99pCt. i. grk.Blöckchen	2690	2575
do. in Walz- oder Drahtbarren	2750	2675
Banczinn	4650—4700	4575
Strattzinn	4600—4650	4475
Australzinn	4600—4650	4475
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	4350—4375	4300
Reinnickel	4100	4050
Antimon-Regulus	700	675
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg fein	1125—1130	1080—1085

Amerikanische Telegramme.

*** New-York,** 11. Juni. (Privat-Funkspruch.) Die Fondsbörse eröffnete in gedrückter Stimmung. Als dann dringender Angebot in Oel- und Schifffahrtswerten sowie in Industriepapieren hervortrat, gingen die Kurse zurück. Auch der weitere Verlauf des Marktes gestaltete sich schwach, wobei besonders mexikanische Werte, in erster Linie Oelanteile litten, da die Berichte aus Mexiko äusserst verstimmten. Gegen Ende kam es zwar vorübergehend zu einer teilweisen Erholung auf Käufe in Spezialwerten, doch war die Stimmung bei Schluss des Marktes wieder gedrückt. Infolge des Wochenschlusses hielt sich der Umfang des Geschäftes in mässigen Grenzen, der Umsatz betrug 620 000 Stück Aktien.

New-York, 11. Juni. (Privat-Funkspruch.)

	11. 6	10. 6		11. 6	10. 6.
Geldsätze	nom.	6%	Nat. Ry of Mex 2nd pref.	41½	41½
Wechsel a. Berlin	1.46	1.46	N.Y. Centr. & Huds. Riv	67¾	67¾
do. a. Paris (Sicht)	7,92	8	N.Y. Ontario u. Western	17¼	17
do. a. London (60 T.)	3.80.00	3,71,75	Norfolk u Western	83	83
do. Cable Transfers	3,80,75	3,72.	Northern Pacific	68¼	67¾
n	7,90	7,98	Pennsylvania	34	34½
Schweiz	16,77	16,95	Reading	66¼	66¾
Madrid	12,45	12,37	St. Louis u. St. Francisco	21¼	21¾
Silber Inland	69¼	69¼	Southern Railway	19⅝	19⅝
do. Ausland	58¼	58¼	do. Pacific	73¼	72¾
Atchison Top. u. St. Fé	76⅝	76¼	Texas u. Pacific	23¼	23¼
do. pref	75	75¾	Union Pacific	115¾	115
Baltimore u. Ohio	34¼	37¾	Wabash pref.	29¼	27¾
Canadian Pacific	110¾	111¾	American Can.	27¼	27¼
Chesapeake u. Ohio	58¼	58¼	Amer. Car. u. Foundry	123¼	124
Chicago, Milw. u. St. Paul	25¾	25¾	Amer. Hide & Leath Co.	11	11
Chic. Rock Island u. Pac	30½	31	do. do. pref.	50	49
Denver u. Rio Grande	8¼	8¼	Americ Smelting Ref.	38¾	38¾
Erie	12⅝	12⅝	Anaconda Copper	33¼	33¾
Great Northern pref	66	65¾	Beithleh. Steel	53¼	52¾
Illinois Central	87½	88	Central Leather	36	35¾
Inspbor. Consol. Corp.	27¼	28¼	Intern. Mercant Marine	13	12⅝
Kansas City & South.	24¼	25	do. do. pref	50	50¼
do. pref	50¼		Studebaker Corporation	7 ⅝	7⅝
Louisville u. Nashville	103.	103½	Unit. Stat. Steel Corp.	76¾	76¾
Missouri, Kans. u. Texas	21¼	21¼	do. do. pref	107	107
Pacific	15⅜	15⅜	Aktienumsatz	620 000	750 00

*** New-York,** 11. Juni. (Privat-Funkspruch.) Nach den Wochenberichten der Zeitungen hat die Wirtschaftslage in den ganzen Vereinigten Staaten wenig Aenderung erfahren.

*** Washington,** 11. Juni. (Privat-Funkspruch.) Im Monat Mai wurden Waren im Werte von 208 000 000 Doll. in die Vereinigten Staaten eingeführt. Das bedeutet gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Abnahme um 220 064 000 Doll. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten betrug im gleichen Monat 330 000 000 Doll., das sind 415 523 000 Doll. weniger als im Mai 1920. Im Jahre 1919 hatte im Mai die Einfuhr 329 Mill. Doll. die Ausfuhr 606 Mill. Doll. betragen. Die Goldeinfuhr der Vereinigten Staaten ist im Mai mit 58 209 000 Doll. um 42 522 000 Doll. grösser als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Berliner Fonds-Börse 13. Juni 1921.

Ueberwiegend fest.

Die immer weiter sich ausdehnende Streikbewegung in Bayern hatte nicht den vielfach angenommenen Einfluss auf die Börse. Im Gegenteil bewirkte der neue Kurssturz der Mark in New-York, das Ueberwiegen einer festen Tendenz. Nur oberschlesische Werte waren leicht abgeschwächt. Das Publikum kauft wieder in grösserem Masse, während die Spekulation sich nach wie vor zurückhält. Devisen waren bei Beginn der Börse sehr fest.

Montanwerte: Bochum 464 (+ 5), Buderus 580 (+ 10), Deutsch-Luxemburg 838 (+ 13), Gelsenkirchen 354 (+ 11½), Harpen 524 (+ 12). Mannesmann 600½ (+ 11½), Rhein. Braunkohlen 694 (+ 14). Schiffahrtsaktien: Hamburg-Süd 332 (+ 7). Chemische Papiere: Agfa 468 (+ 6) Bad. Anilin 598 (+ 11½), Goldschmidt 689½ (+ 6½). Elektromarkt: A. E. G. 296 (+ 5), Deutsch-Uebersee 1195 (+ 18), Licht und Kraft 285 (+ 5), Sachsenwerk 318½ (+ 7½), Siemens & Halske 311½ (+ 7). Maschinenfabriken usw.: Adler 244 (+ 4½), Böhler 521 (+ 11), Orenstein & Koppel 578 (+ 6). Auslandspapiere: Neu-Guinea 527 (+ 12), Otavi-Mine 470 (+ 9), -Genuss 429 (+ 9), Baltimore 472 (+ 10), Kanada 557 (+ 6), Schantung 567 (+ 4). Bankaktien: Deutsche Bank 326½ (— 2).

Rentenmarkt: Deutsche Anleihen wenig verändert. Mexikaner gut behauptet.

Verlauf: Wenig verändert, teilweise eine Kleinigkeit nachgebend. Höchster Farben 498 à 500 à 495, Oberkoks 470 (+ 7).

Kassamarkt: Sehr fest.

Höher: Busch Waggon 80, Gaggenau Eisen 10, Rückforth 10, Vorwärts Spinnerei 15, Bremer Wolle 11, Neurode Kunst-Anst. 15, Held & Francke 9, Vogel 12, Kont. Asphalt 15, Sinner Brennerei 10, Pressspanfabrik 25, Lahmeyer 20, J. P. Bemberg 14, Tecklenborg 11, Hoffmann Stärke 17, Concordia chem. Fabr. 20, Baroper Salzwerk 30, Heine 10, Betonwerke 10, Kölsch 35, Königsberg Walzmühle 10, Bachmann & Ladewig 9, Lindenberg Stahl 14, Adlershütte Glas 5, Ammendorfer Papier 18, Spinn & Sohn 16, Wiesloch Cement 9, Schultheiss Brauerei 10, Vorwohler Cement 15 Amme, Giesecke & Co. 35, Sarotti 220, Beer & Stein 6? Fritz Schulz 5, Fafnirwerke 5, Düren Metall 5, Union Giesserei 6, Nordd. Eiswerke 5.

Niedriger: Breslauer Sprit 10, Kahlbaum 15, Fürther Tafelglas 12, Marie Braunkohlen 10, Schering 12, Gebr. Goedhar 5

Freier Verkehr: Pomona 2625 (Freitag —), Dt. Kolonial-Anteile 6550 (6525), Kaoko 182 (184), Kolmanskop 230 (220—225), Südsee-Phosphat 1637½ (1650), Sloman neue Anteile ohne Bezugsrecht ca. 2000, alte Anteile ohne Bezugsrecht 315 (320), Mansfelder 4650 (4675), Heldburg 284 (288), Ronnenberg 333 (334) Dt. Erdöl 850 (875), Dt. Petroleum 785 (780), Russenbank 78⅜ (775¼), Petersburger Internationale Hadelsbank 86 (88½), Kabelwerk Rheydt 372, R. Wolf 315, Textil Meyer 218, Dtsch. Maschinen 350, Elite 300, Union Bau 305.

Bezugsrechte: Aachener Leder 285 + G., Adler Zement 40 + G., Bayr. Spiegelglas 163 + G., Tittel & Krüger 210, Wiesloch 170.

Kurse gegen ½2 Uhr: Schantung 561, Dt. Petroleum 780, Oberbedarf 322, Phönix 717, Gelsenkirchener 350, Harpener 525, Benz 192.

Markkurs (nach Privatmeldungen): Holland 4,82, Kopenhagen 8,40, Stockholm 6,44.

Kosciusko-Noten 5,92½—5,95, Kriesnoten 13,25.

Fortlaufend notierte Papiere. (Ohne Gewähr.)

Festverz. Werte		Fortlaufende Kurse	Einh.-Kurse				
R.-Sch.15 II	5		99.80	Nat.Bk. f.Dt.	10	185 50 185.—	185.—
do. 1917 III	5		99.75	Oest. Kred.	1⅞	63 50	63.—
do.1916 IV-V	4½	83.62	83.70	A.-G. f.Anil	20	468.— 462.50	
do.6-9 (Ag.)	4½	72.12	72.90	Adlerwerke	10	244.— 245.—	244.25
do.fäll.1924	4½	94.82	94.70	Allg. El.Ges.	14	296.— 295.	295.—
Dt. Rchs.-A.	5	77.50	77 50	Angl.-C. Gu.	15	383. 380.25	380 25
do.	4	76.12	76.10	Augsb.Nrnb.	12	460.— 456 50	456.50

[illegible]

Façadenausbildungen, Innenausbau, Likörstuben, Dielen nach neuzeitlichen, künstlerischen Entwürfen führen aus in eigenen Werkstätten **John, Negendank & Co.** Unter den Linden ... Telefon: Zentr. 2...

Mein Ausstellungsraum und Verkaufslager befindet sich jetzt

Unter den Linden 32

S. J. Arnheim

Grösste Spezialfabrik Deutschlands für

Geldschrank- und Tresorbau

Gegründet 1833

Fabrik: **Badstrasse 40/41**

Tel.: Hansa 35, 45, 345. Drahtanschrift: Geldschrank.

Gründungen und Beteiligungen

Vermittlung von Interessengemeinschaften Verwaltungen und Liquidationen

Düsseldorfer Industrie-Verwaltungs-A.-G.

Fernsprecher: 15013 DÜSSELDORF Ludwig-Loewe-Hau...

Drahtanschrift: Divages

Ia Holsteiner Mettwurst liefert gegen Nachnahme zu 25 Mark ausschließlich Porto und Verpackung **B. H. Glismann, Rendsburg.**

Ballon-Seide, Batist, unabgezogen, geben ab **Martienssen & Freitag,** Uhlandstraße 30. Steinplatz 5670.

Torf, I. Qualität, sehr preisw., ca. 50 Waggons sind abzugeben. Auf Wunsch wird Probe zugesandt. Off. an **Gustav Schmidt, Kietz b. Kallies in Pomm.**

Für jeden Käufer von Wertpapieren tatsächlich unentbehrlich.

Die Burg-Strasse

Das Informationsblatt mit dem Wochenkurszettel. Erscheint jeden Mittwoch. Preis 2 M. im Kiosk. Monatsabonnement (4 Nummern) 8 M. durch jede Postanstalt. Probenummern kostenfr. durch den Verlag Berl W 30. Nollendpl...

Thomasmehl, 17—20 proz. citr. Phosphorsäure zu gesetzlichen Preisen und Bedingungen verkauft **A. Schmalz, Oppeln, Sedanstraße 40.**

Exporteure, ausländische Einkäufer. Wir haben einen Teil unserer Produktion, neuartige Tafelwaagen, schönes, hervorrag. Präzis.-Fabrikat, abzugeben. **Metallwarenfabrik Cöpenick G. m. b. H., Berlin-Cöpenick,** Kaulsdorferstr. 4. Fernsprecher 114, Amt Cöpenick.

Strandkorb, rotweiß ausgepolstert, einsitzig, 400 Mk. Schwäbische Straße 25, II. r. Telephon: Kurfürst 1795.

Ia Khakianzüge 152 M., feldgr. Hosen 88 M. **Müller,** Chausseestr. 84.

Ungarisch., geschleudert., reinen Bienenhonig off. **Armin Merkler, Kalocsa, Ungarn.**

Leere Packkisten, ca. 100 Stück, billigst **Reiners,** Charlottenburg, Droysenstr. 17.